Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neunundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 142.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 26. Februar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Deutschland.

△ **Berlin**, 24. Februar. Heute hat der Minister des Innern dem Abgeordnetenhause das Kompetenzgesetz vorgelegt. Der Inhalt desselben wird nunmehr unverzüglich bekannt werden; vorläufig möge nur im Allgemeinen hervorgehoben werden, daß es sich darum handelt, die auf verschiedenen Gebieten der allgemeinen Landesverwaltung bisher den Landräthen und Bezirksregierungen zustehenden, jetzt aber den Behörden der Selbstverwaltung überwiesenen Befugnisse in bestimmter Weise zwischen den Kreisausschüssen, den Bezirks- und Provinzialräthen einerseits, und den Verwaltungsgerichten andererseits zu vertheilen. Ferner soll durch das Gesetz eine größere Zahl von Kompetenzen, die zur Zeit den Abtheilungen des Innern der Bezirksregierungen zustehen, auf die neugeschaffenen Behörden übertragen werden. — Es wird vielfach die Frage besprochen, ob der zum Botschafter in Wien ernannte Graf „Stolberg" seine Funktionen als Präsident des Herrenhauses fortführen werde. Vorläufig wird diese Frage wohl unentschieden bleiben, jedenfalls bis zum Wiederzusammentritt des Herrenhauses. Daß in parlamentarischen Kreisen fast allgemein der Wunsch vorherrscht, den bewährten Präsidenten erhalten zu sehen, ist thatsächlich; zweifelhaft aber ist es, ob dem Grafen Stolberg seine diplomatischen Pflichten gestatten werden, in allen wichtigen Fällen an den Verhandlungen des Herrenhauses theilzunehmen. — Von den von den deutschen Ausstellern für die Weltausstellung in Philadelphia bestimmten Gegenständen ist bereits ein Theil auf dem Wege nach Nordamerika und zwar von den Kunstsachen ungefähr drei Viertheile und von den übrigen Ausstellungsgegenständen etwa ein Sechstel. Der Rest soll gegen die Mitte des Monats März auf einem der regelmäßig nach Amerika gehenden Lloyddampfer in Bremen und auf ein hamburger Schiff in Hamburg verladen werden. Die Angabe, daß ein nordamerikanisches Kriegsschiff bestimmt sei, die deutschen Ausstellungsgegenstände nach Philadelphia überzuführen, bestätigt sich nicht und die Gesammtzahl der Künstler, welche aus Deutschland die Ausstellung beschicken werden, beträgt 154, von welchen 27 sich noch nachträglich gemeldet haben. Die deutsche Kunst wird demnach verhältnißmäßig in sehr geringem Umfange vertreten sein. Viele Künstler haben die Kosten der Sendung gescheut und auch die Seegefahr für ihre Arbeiten gefürchtet, obgleich sie durch eine ausreichende Versicherung den Preis ihrer Kunstwerke bei einem Seeunfalle ausgezahlt erhalten würden.

□ **Berlin**, 24. Februar. Die Partisanen der Kurie befleißigen sich im Abgeordnetenhause nicht der passiven Haltung, welche das Zentrum im Reichstag zur Schau trug. Auch die heutige Sitzung wurde zum größten Theil wieder von ihren Beschwerden ausgefüllt. In rascher Folge ging das Haus über die Etats der Lotterieverwaltung, der Münzverwaltung, der Staatsdruckerei, der Porzellanmanufaktur, Rente des Kronfideikommißfonds, der öffentlichen Schuld und des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten ohne erhebliche Debatte hinweg. Beim Etat des Ministeriums des Innern aber entstand mehrmals eine Debatte, welche vielfach weit über den vorliegenden Gegenstand hinausging. Derselbe erwies sich als das eigentliche Kampffeld und der Führer im Streit war Herr von Schorlemer-Alst. Seine Kampflust war schon an der Art zu verspüren, wie er sich bei dem Kapitel der Standesämter an Herrn Wehrenpfennig zu reiben suchte. Er forderte diesen auf, gegen die Eingriffe bei der Zivilehe aufzutreten, welche in Preußen sowohl von Seiten des Kultusministers als der Militärbehörden vorgekommen seien, obwohl er und seine Partei damit durchaus einverstanden seien. Diese spöttische Herausforderung konnte keinen günstigen Eindruck machen und blieb auch für den Gegenstand fruchtlos. Der Hauptangriff kam bei dem Kapitel der Lokalpolizeiverwaltung Berlins. Herr von Schorlemer behauptete zunächst, daß der rheinische Verein für Bildung trotz seiner politischen Zwecke und seiner Verbindung mit dem Zentralausschuß des nationalliberalen Vereins in Berlin nicht geschlossen worden sei, während katholische Vereine in Berlin und anderwärts geschlossen wurden, obgleich sie keine politischen Zwecke verfolgten. Es wurde ihm bemerklich gemacht, daß er den rheinischen Bildungsverein mit dem „Deutschen Verein" in Bonn verwechsle und daß an eine Verbindung dieses Vereins mit dem nationalliberalen Verein nicht gedacht werden könne. Darauf zitirte Hr. v. Schorlemer die „Köln. Zeitung" zum Beweise, daß der „Deutsche Verein" sich zwar nicht mit dem nationalliberalen Verein in Verbindung setzte, aber doch Fühlung mit demselben behalten sollte und meinte, das liefe doch auf eins hinaus. Ueberdem seien in dem Bonner Verein Geschäftsführer gewählt worden, wie in dem mainzer „Katholiken-Verein" dieser sei geschlossen worden, jener aber nicht. Auf den 1. Punkt wurde entgegnet, daß der Ausschuß des berliner nationalliberalen Vereins niemals mit dem „Deutschen Verein" in Verbindung gestanden habe, auf den zweiten, daß man nicht wissen könne, welche Gründe dem mainzer „Katholikenverein" gegenüber, abgesehen von den Geschäftsführern, für die Gerichte maßgebend sein konnten, um denselben zu schließen. Trotz alledem blieb Hr. v. Schorlemer bei seiner Behauptung unter Berufung auf die „Köln. Ztg.", und Herr Windthorst-Meppen verfehlte nicht die Konsequenz zu ziehen, daß gegen die katholischen und die liberalen Vereine mit zweierlei Maß gemessen werde. Hr. Lasker kennzeichnete diese Art der Schlußfolgerung als tendenziös und agitatorisch. Hr. v. Schorlemer ließ sich aber nicht irre machen und bestand auf seiner These, bis ihm Hr. Miquel klar machte, daß, wenn auch Alles richtig wäre, was er vorgebracht, doch daraus der Beweis für seine Behauptung von dem zweierlei Maß nicht erbracht werden könne. Die Herren vom Zentrum fuhren demnach mit ihrer Beschwerde angebrachtermaßen ab — Graf Eulenburg hatte nur den Zuhörer zu machen brauchen — und werden sich hoffentlich die empfangene Lehre zu Nutzen machen. Später brachte der ultramontane Abg. Roeckerath (Rentier in Köln) noch den bekannten Fall zur Sprache, daß Polizeikommissar Klose in Köln in sehr unpassender Weise bei den barmherzigen Schwestern aufgetreten, zwar disziplinarisch verurtheilt, aber nicht bestraft worden sei. Der Minister des Innern wies nach, daß die ganze Angelegenheit, wie sich aus den Untersuchungsakten ergebe, sehr übertrieben worden sei und konstatirte, daß demnächst das auf Strafversetzung lautende Urtheil zur Vollstreckung gelangen werde. Zu erwähnen ist noch, daß der Finanzminister eine Vorlage über die Einverleibung Lauenburgs in nahe Aussicht stellte und der Minister des Innern das wichtige Kompetenzgesetz einbrachte und dasselbe mit erläuternden Bemerkungen begleitete.

— Von den Erklärungen, welche der landwirthschaftliche Minister Dr. Friedenthal in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 22. d. abgegeben hat, geben wir nachstehend diejenigen im Wortlaut, wie ihn der „Staatsanz." veröffentlicht, wieder, die sich auf die Reden der Herren v. Czarlinski (Berücksichtigung der polnischen landwirtschaftlichen Vereine aus dem Dispositionsfonds) und Witt-Bogdanowo (Bildung einer bäuerlichen Landschaft in der Provinz Posen) beziehen. Dem ersteren entgegnete der Minister:

Meine Herren! Die Antwort auf die Auseinandersetzung des Herrn Vorredners habe ich in letzter Session, wie der Herr Vorredner die Güte hatte zu bemerken, ich kann Alles, was ich in dieser Beziehung denke, in einen Satz zusammenfassen: die Unterstützungen aus dem Staatsfonds werden weder an deutsche, noch an polnische Vereine gegeben, sondern an landwirthschaftliche; sobald die Vereine, für welche der Herr Vorredner das Wort ergriffen hat, nicht polnische sein werden, sondern nur landwirthschaftliche ohne Rücksicht auf die Nationalität, in diesem selben Augenblicke werden sie sich ohne Weiteres an staatlich anerkannte Organisationen anschließen können, und werden alle, wie andere Vereine, an den Wohlthaten dieser staatlichen Organisation theilnehmen.

Dem Abg. Witt antwortete der Minister:

Meine Herren! Ich persönlich habe die größte Sympathie für die Einrichtung eines Instituts, welches den bäuerlichen Grundbesitz in der Provinz Posen durch angemessene Privatbewilligungen aufrecht zu erhalten im Stande ist. Nach den Berichten, die ich von dort bekommen habe, ist die wucherische Aussaugung und Auffaugung des kleinen Grundbesitzes in Posen zu einer wahren Landplage geworden, und es liegt ganz gewiß im vaterländischen Interesse, diesem Zustande, soweit das überhaupt durch staatliche Einrichtungen geschehen kann, ein Ende zu machen oder wenigstens Abhülfe zu schaffen. Ich habe in dieser Beziehung schon unmittelbar nach der Uebernahme meines Amtes Verhandlungen mit der neuen Posener Landschaft angeknüpft, weil ich hoffte, es würde sich ohne Weiteres da eine Erweiterung auf dem kleinen ländlichen Grundbesitz einrichten lassen, es haben sich aber da allerdings große Schwierigkeiten ergeben, es ist zwar nicht eine direkte Ablehnung, aber doch eine Hervorhebung solcher Bedenken eingetreten, daß ich meinerseits nicht in die Lage war, über die Einwendungen ohne Weiteres hinwegzukommen. Zu meiner Genugthuung hat nun der Posener Kommunallandtag den nämlichen Gedanken aufgenommen und hat an die Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die Organisation eines solchen Instituts zu fördern. Förmlich ist die Angelegenheit noch nicht an mich gelangt, ich habe nur vorläufige Nachricht davon erlangt, es hat deshalb das Staatsministerium auch noch nicht darüber Beschluß fassen können, ich aber versichere dem Herrn Vorredner, daß, so weit es in meinen Kräften steht, ich bei den Verhandlungen und Erwägungen im Staatsministerium dem Wunsche des Posener Kommunallandtages alle Unterstützung werde zu Theil werden lassen.

— Es liegt nunmehr auch die Beantwortung der Anfragen vor, welche aus der Mitte der betreffenden Gruppe des Abgeordnetenhauses zu dem Etat des Kultusministeriums gestellt waren. Eine Reihe dieser Anfragen bezog sich auf die zur Aufbesserung der Minimalgehälter der Lehrer im vorigen Jahre bewilligten 3 Millionen Mark. Diese Summe ist, wie jetzt aus der Beantwortung zu ersehen, auf die Regierungen durch Verfügung vom 15. April vorigen Jahres bis auf einen zur eventuellen erforderlichen Ausgleichung zurückbehaltenen Betrag von 18 000 Mark zur Vertheilung gelangt. Die Vertheilung ist erfolgt nach Maßgabe der von den Regierungen gestellten Forderungen und des außerdem aus den Berichten derselben erkannten Bedürfnisses. Ueber die unter Zuhülfenahme der 3 Millionen Mark erzielten Resultate, resp. das nunmehrige durchschnittliche Minimaleinkommen der Lehrer in den einzelnen Regierungsbezirken jeder Monarchie haben die Regierungen erst zum Oktober dieses Jahres zu berichten. Bei der Umfänglichkeit der ihnen in dieser Beziehung obliegenden Arbeit erschien diese Fristgewährung im Interesse der Sache nöthig. Auf die Frage, ob die aus den 3 Millionen Mark gewährten Zulagen als einmalige Unterstützung oder als dauernde Stellenverbesserung gezahlt seien, wird geantwortet: Die 3 Millionen Mark sind zur Stellen-Aufbesserung zur Vertheilung gelangt mit der Maßgabe, daß, soweit diese Aufbesserung der Stellen im Jahre 1875 nicht zu bewirken war, die Provinzialbehörden den Rest ohne Präjudiz für die Zukunft zu einmaligen Bewilligungen an Volksschullehrer verwenden könnten. Die Frage, ob in Zukunft auf die Dienstalterszulagen der Bedarf nach den bisher angenommenen Sätzen vollständig gedeckt sei, wird dahin beantwortet, daß der Bedarf zur Gewährung von Dienstalterszulagen wechselnd sei, je nachdem für das betreffende Jahr mehr oder weniger Lehrer in demjenigen Dienstalter sich befinden, welches Anwartschaft auf die Zulage gewährt. Die zum Theil an der Zentralstelle beruhende Vertheilung des zu Dienstalterszulagen bestimmten Fonds erfolge nach Maßgabe des von den Regierungen u. s. w für jedes Jahr anzumeldenden Bedarfs, welcher, soweit der Fonds selbst dazu nicht ausreiche, durch Zuhilfenahme der den Regierungen u. s. w. zu sonstigen persönlichen Zulagen zur Verfügung stehenden Mittel voll gedeckt worden sei. — In der Gruppe wurde großes Gewicht auf die Frage gelegt, aus welchen Volksklassen die Seminaristen hauptsächlich hervorgehen. Die jetzt vorgelegte Nachweisung bekundet, daß von den im Sommer 1875 in den Seminarien vorhanden gewesenen 6456 Zöglingen 1318 aus Lehrerfamilien, 4268 aus Familien der Unterbeamten, kleinen Gewerbetreibenden und Grundbesitzer, welche zugleich auf Tagelohn angewiesen sind und ähnlicher Lohnarbeiter, endlich 870 aus besser situirten Familien stammen. Was die Anfragen wegen Besetzung der Seminaristenstellen betrifft, so waren im Mai vorigen Jahres in Internaten 4730 Stellen vorhanden, von denen 4605 besetzt waren; in Externaten 2412 Stellen, von denen 1851 besetzt. Im Jahre 1871 waren 4786 Stellen besetzt. Mithin waren im Mai 1875 1670 Zöglinge mehr vorhanden.

— Der neu ernannte deutsche Botschafter in Wien, Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, wird, sobald seine Ernennung publizirt worden, auf seinen Posten abgehen, der Botschaftsrath Graf Karl Dönhoff bleibt in seiner bisherigen Stellung als erster Botschaftssekretär in Wien. In höheren Amtskreisen wird die Ernennung des Grafen zu Stolberg-Wernigerode mit ganz besonders günstigen Augen betrachtet; man will hier von einem längst an maßgebender Stelle gehegten Wunsche wissen, den Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode für die höhere Staats- beziehungsweise Reichsbeamtenlaufbahn zu gewinnen und man meint, er werde derselben nunmehr erhalten bleiben. Im Herrenhause ist man übrigens wegen der Wahl eines neuen Präsidenten an Stelle des Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode einigermaßen in Verlegenheit. Das Augenmerk hat sich u. A. auf den Fürsten Pleß gerichtet, dessen Vater bekanntlich vom 6. Dezember 1854, wo das Herrenhaus zum ersten Male nach seiner Bildung sich konstituirte, bis zu seinem am 20. Dezember 1855 erfolgten Tode mit gutem Erfolge das Präsidium geführt hat; doch scheint dies Projekt wieder aufgegeben zu sein.

— Wie die „Bank- u. H.-Ztg." erfährt, ist durch Verfügung des hiesigen Stadtgerichts dem Grafen Harry v. Arnim auf Grund der neuerdings eingereichten ärztlichen Atteste ein dreimonatlicher Urlaub (d. h. Aussetzung der Strafvollstreckung um drei Monate) bewilligt worden.

— Im königl. preußischen Statistischen Bureau in der Lindenstraße herrscht augenblicklich eine außerordentlich rege Thätigkeit. Man beginnt dort nämlich jetzt mit dem Riesenwerke der Bearbeitung der Ergebnisse der Volkszählung. Zu diesem Behufe müssen sämmtliche im ganzen Gebiete des preußischen Staates ausgefüllten Zählkarten, Kontrollisten ꝛc. an das statistische Bureau in Berlin eingesendet werden. Die Kisten, in welchen die Schriftstücke verpackt sind, kann man jetzt täglich vor dem Bureau abladen sehen. Die Kisten sind ca. 1. Meter lang, ⅓ Meter breit und so hoch, daß die Karten aufrecht darin stehen können. Die Verpackung ist kreisweise geschehen; da der preußische Staat in ca. 440 Kreise eingetheilt ist und man auf jeden Kreis 5—6 Kisten rechnen kann, so beläuft sich die Zahl der Kisten, welche in diesen Tagen ihren Weg nach Berlin nehmen, auf etwa 2500.

— Zur Zeit macht sich, wie die „Nat.-Ztg." bemerkt, ein absoluter Mangel an kleinen Silbermünzen bemerkbar und erschwert den Verkehr in erheblichem Grade. Markstücke, halbe Markstücke und diesem im Werthe gleichkommende ältere Münzzeichen sind absolut nicht aufzutreiben. Bei der Reichsbank sind diese Münzzeichen nicht zu erhalten, weil, wie dieselbe angiebt, sie selbst keine hat; ebensowenig haben die Kassen der großen Finanz-Institute einen Vorrath an diesen Münzen. Wo die großen Quantitäten neu geschlagener Silbermünzen sich befinden, ist unerfindlich, sicher ist aber, daß, wenn in dieser Beziehung nicht bald Abhilfe getroffen wird, der Uebelstand sich zu einer Kalamität steigern muß.

— Die Konferenz der Seeuferstaaten ist der „Post" zufolge am 23. d. geschlossen worden. Sie beantragt bei dem Reichskanzler den Erlaß eines Reichsgesetzes, welches die Untersuchung von Seeunfällen einheitlich regelt. Nach dem Beschlusse der Seeuferstaatenkonferenz sollen die Behörden zur Untersuchung von Seeunfällen ebenso wie die Reichsbehörde als Recursinstanz nicht ständige Behörden sein, sondern Kommissionen ad hoc, nach der Analogie der Disziplinarkammern und des Disziplinargerichtshofes, welche nur im Bedürfnißfalle zusammentreten.

— Die Versammlung der Steuer- und Wirthschaftsreformer trat in ihrer dritten Sitzung am 24. ds. sofort in die zweite Berathung ihres Statuts resp Programms. Bei derselben wurde § 1 in der Fassung der ersten Lesung angenommen; § 2 wurde auf Antrag des Grafen Udo zu Stolberg-Wernigerode in folgender Fassung angenommen: „Die Vereinigung hat den Zweck, die Ideen und Grundsätze einer auf christlicher Grundlage beruhenden Volkswirthschaft im Volke zu verbreiten und in der Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen Diese Ideen und Grundsätze sind zu dem folgenden Programm zusammengefaßt." Nunmehr tritt die Versammlung in die Berathung des Programms ein. Punkt 1 wird in der Fassung der ersten Lesung angenommen. Punkt 2 erhält auf den Antrag des Frhrn. v. Thüngen folgende Fassung: „Die Doppelbesteuerung in

der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer ist zu beseitigen. Das Renteneinkommen ist höher zu besteuern als das Arbeitseinkommen. Gegen die Steuerumgehungen des Geldkapitals sind wirksame Sicherheitsmaßregeln zu schaffen." Punkt 3 wird in der Fassung der ersten Lesung genehmigt und erhält außerdem auf Antrag v. Thüngen folgenden Zusatz: „Die Stempel- und Taxe-Gesetzgebung ist einer Revision zu unterziehen behufs Lasten-Ausgleichung zwischen Grundbesitz und beweglicher Habe." Punkt 4 ruft eine längere Diskussion hervor. Während Dr. Perrot, Niendorff und Willmanns der Vereinigung der Eisenbahnen in den Händen des Reiches nicht zustimmen können, sich vielmehr für Umwandlung der Bahnen in Staatsbahnen aussprechen, erklären sich Graf Udo zu Stolberg und v. Treskow-Grocholin für das Prinzip der Reichsbahnen im Allgemeinen. Bei der Abstimmung wird Punkt 4 in folgender Fassung angenommen: „Im Eisenbahnwesen ist es nothwendig, daß an die Stelle des Aktienbetriebes, ein billiger, lebenssicherer Staatsbetrieb mit Beseitigung aller Differentialtarife tritt, ohne daß der Besitzstand der Einzelstaaten berührt wird." Die Punkte 5 bis 8 werden ohne Diskussion in der, bei der ersten Lesung beschlossenen Fassung genehmigt, während der Eingang des Punktes 9 auf Anregung des Grafen zu Inn- und Knyphausen folgenden Wortlaut erhält: „Bezüglich der Gerichtsorganisation ist die Einführung von Schöffengerichten in Erwägung zu ziehen." — Die übrigen Paragraphen des Statuts werden demnächst en bloc angenommen. Die Versammlung schreitet nunmehr zu der Wahl der Ausschußmitglieder, bei welcher Frhr. v. d. Goltz Kallen, Frhr. v. Mirbach, A. Lehmann Radomitz, v. Treskow-Grocholin, Graf Dürckheim-Bunohorst, Graf zu Inn- und Knyphausen Lützburg, Dr. Perrot, Schütze Heinsdorff, Wilmanns Berlin, Niendorf-Berlin, Graf von der Schulenburg Beetzendorf, Baron von Behr-Bandelin, Baron v. Seherr Schollwitz, Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode, Dr. Frege-Altnaundorf, Frhr. v. Ungern-Sternberg-Dresden, Frhr. v. Erffa Wernburg, Seyffarth Dens, Frhr. v. Thüngen-Zeitlos (Baiern) und Ott-Virow gewählt werden. Hiermit ist die Tagesordnung beendet und der Präsident Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode schließt mit kurzen Worten und mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser Wilhelm, in welches die Versammlung begeistert einstimmt, gegen 12 Uhr die Sitzung.

Breslau, 23. Februar. Ueber eine vereitelte Mystifikation, deren Versuch einen Beweis von Fanatismus giebt, berichtet die „Schles. Zeitung":

Dem kaiserl. Telegraphenamte zu Reichenbach in Schles. ging am 21. d. brieflich unter Beilegung von 2 Mk. in Postwerthzeichen ein an die „Schles. Ztg." gerichtetes Telegramm zu, welches dem Inhalt und der Schrift nach den Verdacht der Fälschung erregte. Da das betreff. verdächtige Telegramm die Unterschrift des Pfarrers Pischel trug, so fand sich das betreffende Telegraphenamt veranlaßt, zunächst bei dem Pfarrer Pischel zu Girlachsdorf anzufragen, ob eine Mystifikation vorliege. Auf diese Anfrage traf umgehend die Meldung ein, daß die lügenhafte Depesche nicht von Herrn Pischel herrühre. Das Telegramm, dessen Absender wohl in den Kreisen der Gegner des genannten Pfarrers zu suchen ist, enthielt folgende erlogene Mittheilung:

„Girlachsdorf, 21. Febr. Während des gestrigen Gottesdienstes erschien plötzlich der fürstbischöfliche Kommissarius Simon und verlas von der Kanzel die Exkommunikation des Pfarrers Pischel. Dasselbe Dekret fand sich an den Thüren der Kirchen zu Olbersdorf und Güttmannsdorf angeheftet. Große Aufregung. Ausführlicher Bericht folgt. Pischel, Pfarrer.

Gegen den von der Regierung zum Pfarrer von Merzdorf a. L. ernannten Kreisvikar Lange bringt die „Schles. Volksztg." folgenden Hetzartikel:

Die Gemeinde ist über diese Nachricht (die Ernennung) wie vom Blitz betroffen. Ein Theil jammert und weint, ein Theil knirscht mit den Zähnen (!) Alle kennen den niederschlesischen Kick und seine berühmten Predigten von Lähn her und wollen, wie es brave Katholiken ja thun müssen, den Eindringling durchaus exkommuniziren, d. h. sie werden seine Kirche nicht besuchen, ihn auf der Straße nie grüßen, ihm nichts verkaufen, keine Fuhre machen u. s. w."

Düsseldorf, 21. Februar. Vorgestern und gestern tagte hierselbst im Hotel zum „Breidenbacher Hof" die Enquêtekommission des deutschen Handelstags für die Handelsverträge. Ihre Hauptthätigkeit an diesen beiden Tagen in einer sechs- und vierstündigen Sitzung bestand darin, Sachverständige der Eisen- und Stahlindustrie zu vernehmen. Als solche waren eingeladen worden und hatten sich eingefunden die Herren Geheimer Kommerzienrath Haniel und Direktor Servaes aus Ruhrort, Direktor Schäffner aus Dillingen, Rudolf Pönsgen und Generalsekretär Dr. Back aus Düsseldorf, Direktor Massenez aus Hörde, Dr. Hoose für die Firma Fr. Krupp in Essen, Fabrikant W. Funke aus Hagen, Fabrikant Friedrichs aus Remscheid. Diese Herren waren einhellig der Ansicht, daß die einseitige Aufhebung der Eisenzölle ohne Gegenseitigkeit der benachbarten Länder den Ruin der deutschen Eisen- und Stahlindustrie bedeute, und daß man namentlich nicht mit England erfolgreich mehr werde konkurriren können. Dieses Land habe vor uns voraus den Vortheil der geographischen Lage, des unbeschränkten Absatzes seiner Fabrikate nach seinen Kolonien, der billigen Transportkosten auf Kanälen und Eisenbahnen sowohl für den Bezug der Rohmaterialien als die Versendung der Fabrikate, des weit größeren Kapitalreichthums, der Möglichkeit, mindestens um 2 pCt. billiger als wir Geld für Industriezwecke beschaffen zu können, ferner der älteren technischen Erfahrung und besser geschulten sowie mehr stabiler Arbeitskräfte. Es könne demgemäß das Roheisen, Stabeisen, eiserne wie Stahlschienen um mehr als den Zollbetrag billiger produziren als unsere Industrie. Die überwiegende Mehrheit der Sachverständigen sprach weiter die Ueberzeugung aus, daß die deutsche Eisenindustrie bei allseitig freiem Verkehre zwar stark genug sei, die Konkurrenz Frankreichs, Belgiens und Oesterreichs zu begegnen, daß das aber England gegenüber für die nächste Zeit nicht der Fall sei und daß deshalb diesem Lande gegenüber nicht nur die jetzt bestehenden Zölle noch für einige Zeit aufrecht zu erhalten seien, sondern daß auch die Wiederherstellung des Roheisenzolls (!) von 25 Reichspf. pro Zentner im Verkehr mit England angemessen erscheine. Schließlich beschloß die Enquêtekommission den Herrn Dr. Rentzsch, den Generalsekretär des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen, zu ersuchen, Herrn Dr. A. Meyer bei der Sichtung des der Kommission schon massenhaft zugegangenen Materials behülflich zu sein, damit diese Arbeit bis Mitte März definitiv erledigt werden kann.

München, 19. Februar. Der „Deutsche Merkur", das Organ der Altkatholiken, bringt heute einen Artikel, worin er zur Zölibatsfrage Stellung nimmt. Er stellt folgende drei Thesen auf:

„1) Es ist sehr zu bedauern, daß man die Frage in dem gegenwärtigen Kampfe angeregt hat. 2) Wie viele und wie starke Gründe auch immer gegen das Zölibatsgesetz sprechen mögen, so ist man sich doch gegnerischerseits, wie es scheint, nicht klar über die Tragweite einer Aufhebung desselben. 3) Der Altkatholizismus würde durch Aufhebung des Zölibatsgesetzes einen schweren Schlag erleiden, vermuthlich sogar einer Auflösung entgegengehen."

Zur Begründung dieser Sätze wird ausgeführt, daß die Zölibatsfrage aus den Prinzipien des Altkatholizismus nicht hervorging, sondern künstlich geschaffen wurde und die deutschen Regierungen weit erfolgreicher an der Nationalisirung des Klerus arbeiten würden, wenn sie die ultramontanen Religionslehrer von den Gymnasien und die ultramontanen Professoren von den theologischen Fakultäten entfernten, als wenn sie das Heirathen von Geistlichen beförderten. Das Blatt sagt:

„Freunde wie Feinde des Zölibats werden wohl darin einverstanden sein, daß die bekannten Schulte'schen Vorschläge auf alle Fälle zu verwerfen sind. Daß der Altkatholizismus durch die Aufhebung des Zölibats in religiöser Hinsicht und in seiner Reputation bei vielen, auch Nichtultramontanen, einen schweren Schlag erleiden würde, ist klar. Bis jetzt stand er rein und tadellos da, entsprungen aus wissenschaftlicher Erkenntniß und einem ehrlichen Gewissen. Dann aber würde die ihn repräsentirende Geistlichkeit den Verdacht selbstsüchtigen Strebens auf sich laden und so seine religiöse Bedeutung herabgewürdigt. Viele Laien, und wohl nicht die unreligiösesten, würden sich in Folge dessen wieder zurückziehen, also durch die künstlich geschaffene Zölibatsfrage in die Lage versetzt werden, weder bei der einen, noch bei der andern Gemeinschaft Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse zu finden. Eine Anzahl altkatholischer Geistlicher, die zu demselben Schritte entschlossen sind, ist uns bereits bekannt."

Nach der Art, wie der „Deutsche Merkur" s. Z. den Fall Suszczynski behandelte, konnte man über seine nun klar ausgesprochene Stellung zum Zölibat nicht zweifelhaft sein.

Straßburg, 20. Februar. In dem statistischen Bureau des kaiserlichen Oberpräsidiums zu Straßburg ist eine vorläufige Zusammenstellung der Ergebnisse der Volkszählung am 1. Dezember 1875 in Elsaß-Lothringen angefertigt worden, deren Resultat voraussichtlich durch die weitere Prüfung keine erheblichen Aenderungen mehr erfahren wird. Die „Elsäss. Korr." theilt darüber Folgendes mit:

Die Zählung am 1. Dezember 1875 ergab für Elsaß-Lothringen eine Bevölkerung (einschließlich des Militärs) von 1,529,408 Einwohner. Am 1. Dezember 1871 waren gezählt worden 1,549,738, es hat sich also eine Abnahme von 20,330 Einwohner oder von 1,3 gegen 1871 herausgestellt. Diese Differenz vertheilt sich in der Weise auf die Bezirke, daß Unterelsaß um 2556 oder 0,4 pCt. gegen 1871, Oberelsaß um 6231 oder 1,3 pCt. gegen 1871, Lothringen um 11,543 oder 2,3 pCt. gegen 1871 abgenommen hat. Bei den einzelnen Kreisen stellen sich sehr verschiedene Resultate heraus. Zugenommen haben: die Stadt Straßburg um 8692; der Kreis Mülhausen um 5228; der Landkreis Metz um 1299; der Landkreis Straßburg um 416; der Kreis Zabern um 348 Einwohner. Dagegen weisen Verminderung der Bevölkerungszahl auf, die Kreise:

Metz, Stadt,	um	5989	Einwohner,
Schlettstadt	„	3659	„
Rappoltsweiler	„	2999	„
Chateau-Salins	„	2310	„
Bolchen	„	1627	„
Diedenhofen	„	1457	„
Weißenburg	„	1270	„
Saarburg	„	1028	„
Thann	„	4285	„
Molsheim	„	3037	„
Hagenau	„	2510	„
Altkirch	„	1757	„
Erstein	„	1536	„
Gebweiler	„	1313	„
Kolmar	„	1105	„
Saargemünd	„	292	„
Forbach	„	139	„

Bei der Stadt Metz rührt der bedeutendste Theil der Abnahme daher, daß die Garnison derselben 1871 zu 11,339 Mann, am 1. Dezember vorigen Jahres nur zu 7841 Mann gezählt wurde, also allein bei dem Militair 3498 Mann weniger vorhanden waren. Die Abnahme der Zivilbevölkerung reduzirt sich also auf 2491. Wenn im Allgemeinen auch die Bevölkerungsabnahme als eine Folge der Option anzusehen ist, so haben doch offenbar in denjenigen Kreisen, in welchen die Abnahme am stärksten hervortritt, noch andere ungünstige Verhältnisse mitgewirkt. So beträgt z. B. der Rückgang der Bevölkerung der Stadt Bischweiler 2114. Dieser Rückgang ist aber bekanntlich Folge der Verlegung großer Fabriketablissements von dort nach Frankreich und des dadurch herbeigeführten Abzugs von Arbeitern. In ähnlicher Weise sind in anderen Gegenden an der französischen Grenze, wie z. B. in den Kreisen Thann und Diedenhofen, ganze industrielle Etablissements vom diesseitigen Gebiet auf das französische verlegt worden. Dann kommt noch in Betracht, daß am 1. Dezember v. J. gegen 5000 junge Leute aus Elsaß-Lothringen bei deutschen Truppentheilen außerhalb des Landes standen, während bei der Zählung von 1871 die Militärpflicht noch nicht eingeführt war.

Oesterreich.

Wien, 22. Februar. Die „N. Fr. Presse" bringt heute weitere Mittheilungen über den Kardinal Ledochowski, indem sie schreibt:

Kardinal Ledochowski hat heute früh in der Hauskapelle des Jesuiten Konventhauses eine stille Messe zelebrirt. Im Laufe des Vormittags empfing der Graf keine Besuche, da er sich von der Reise etwas erschöpft fühlt. Landgraf Fürstenberg (der Bruder des Fürst-Erzbischofs von Olmütz) und mehrere Geistliche erkundigten sich nach dem Befinden des Kardinals. In unserem Berichte im heutigen Morgenblatte haben wir uns offenbar geirrt, als wir annahmen, Graf Ledochowski werde über den mehr als einfachen Empfang, den er auf dem Bahnhofe gefunden, ungehalten sein. Nach einem Berichte des „Vaterland" ist Se. Eminenz im Gegentheil höchst vergnügt darüber, was von einer rührend bescheidenen Denkweise zeugt. Das genannte klerikal-feudale Blatt schreibt über den Empfang in folgender, man muß sagen, erschütternder Weise: „Als der Bahnzug, welcher uns den verehrungswürdigen Gast brachte, anhielt, drängten sich die auf dem Perron Versammelten an das Coupé, welchem Se. Eminenz entstieg, um dieselbe in ehrfurchtsvollster Weise zu empfangen. Ein rascher Blick von Ueberraschung und edler Rührung zeugend, überflog die Menge, welche entblößten Hauptes, in sichtlicher Spannung, lautlos, aber voll des innigsten Mitgefühls den frommen Dulder erwartete. P. Bülow stellte sofort den Herrn Langrafen Fürstenberg vor, welcher in kurzen, treffenden Worten den Gefühlen Ausdruck gab, mit welchen das katholische Wien den um Christi willen Verfolgten freudig willkommen heißt. Kaum hatte Se. Eminenz mit kurzen Worten gedankt, als auch Herr Domdechant Ruczka dem hochwürdigen Kardinal nahte und in polnischer Sprache begrüßte, worauf die Antwort gleichfalls in polnischer Sprache erfolgte. Im Wartesalon wechselte Se. Eminenz noch einige Worte mit einzelnen Persönlichkeiten, sprach seine Freude aus über den Empfang, welchen die Katholiken der Residenz ihm bereitet, und stieg sodann mit Pater Bülow in die bereitstehende Equipage, welche zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt worden war. Die Versammelten entfernten sich unter dem erhebenden Eindruck, welchen die Erscheinung des hohen Gastes auf Alle gemacht hatte, denen es gegönnt war, diese kurzen Augenblicke eines geräuschlosen, aber bedeutungsvollen Willkommgrußes an einen christlichen Dulder mitzuerleben."

Frankreich.

Paris, 23. Februar. Nach der sicher zuverlässigen Darstellung eines Buffet'schen Journals vollzog sich die Entlassung dieses Ministers und damit der Umschwung der inneren Politik Frankreichs in folgender Weise: Am 21., Nachmittags 2 Uhr, nach Eintreffen der Nachricht, daß er auch in Castel-Sarrazin unterlegen, verließ Herr Buffet in Begleitung seines Kabinetschefs das Ministerhotel, durchschritt den Faubourg St. Honoré und begab sich in den Elysée-Palast. Er wurde sofort von dem Marschall Mac Mahon empfangen, theilte demselben mit, daß er nirgend gewählt sei und sagte: „Ich komme, Herr Marschall, um Ihnen mein Entlassungsgesuch zu überbringen. Ich kann keine Stunde mehr Minister bleiben, da „mich das Land zurückweist". Ohne zu sagen: „Ich nehme Ihre Entlassung an", antwortete der Marschall Herrn Buffet: „Ich bitte Sie, Ihr Portefeuille zu behalten, bis es möglich ist, weitere Maßregeln zu treffen." Das Uebrige der Unterhaltung eignet sich nicht für die Oeffentlichkeit. Wie ich höre, fügt der Korrespondent der „N. Ztg." dieser Darstellung hinzu, ließ der Marschall dann sofort Herrn Dufaure rufen lassen, als den natürlichen Rathgeber Angesichts der durch die Wahlen geschaffenen Situation. Der Justizminister soll zuvörderst erklärt haben, daß jede Ueberstürzung vermieden werden müsse. Es sei allerdings nothwendig, daß das Land sofort den Rücktritt des Herrn Buffet erfahre und aus dieser Thatsache den Entschluß des Präsidenten der Republik entnehme, dem so entschieden ausgesprochenen Willen des Landes Rechnung zu tragen. Eine Neubildung des Kabinets halte er aber noch nicht für statthaft und müsse es seinerseits ablehnen, diese Neubildung vor Beendigung der Wahlen zu übernehmen. Er rathe daher dem Präsidenten, die Minister zu veranlassen, bis zu diesem Zeitpunkte ihre Portefeuilles zu behalten und auf ihren Posten auszuharren. Gestern Morgen hat darauf ein Ministerrath stattgefunden, in welchem, dem Vernehmen nach, sämmtliche Minister sich bereit erklärt haben, die Geschäfte bis zum Zusammentritte der Kammern fortzuführen. Die reaktionären Journale bemühen sich, die öffentliche Meinung durch Schreckbilder aufzuregen, indem sie ganz fälschlich behaupten, daß die Mojorität der Kammer eine radikale sein werde, von der das Schlimmste zu erwarten sei. Es ist das ein plumpes Manöver und wird den gewünschten Effekt sicher nicht erzielen. Man wird bald

---

Konzert.

Das schon lange voraus verkündete Konzert der berliner Künstler hat vorgestern im großen Lambert'schen Saale stattgefunden. Hatten die etwas hohen Eintrittspreise im Jahre 1876 vielleicht Manchen von der Theilnahme abgehalten, so lauschte doch ein recht zahlreiches Publikum auf das ihm Gebotene und ließ sich 2 Studen fortreißen von der magischen Gewalt, die Alles echt Künstlerische auf empfängliche Gemüther ausübt. Ueber die ausführenden Persönlichkeiten ist an dieser Stelle schon berichtet worden, vielleicht erübrigt nur noch anzudeuten, daß Wilhelm Müller der Cellist des sogenannten jüngeren Müller'schen Quartetts war. Es bestand dies aus den 4 Söhnen von Karl Müller, Konzertmeister in Braunschweig, der mit seinen 3 Brüdern das weltberühmte Quartett der Gebrüder Müller bildete. Die Familie Müller bietet somit eines der schlagendsten Beispiele von der Erblichkeit musikalischer Anlagen.

Das reiche, doch etwas bunte Programm bot den berühmten Künstlern Gelegenheit, sich dem hiesigen Publikum als vollberechtigte Träger bedeutenden Rufes zu zeigen. Frl. Carlotta Grossi, eine der Zierden der berliner Hofoper, mit einem voll gesättigten, durch weite Register uneingeschränkt herrschenden Sopran, begann mit der Schattentanz-Arie aus der „Dinorah", eine Kolorator-Aufgabe, die freilich des Schwierigen mehr bietet denn des Schönen, die aber die richtige Lösung fand. Weiterhin sang sie „La Fioraja", Canzone von E. Berignani, einem Italiener neueren Datums, reich ausgestattet mit Allem, was eine geschulte Stimme glänzen läßt und abermals mußte man staunen. Etwas mehr der Empfindung als der Bewunderung gewidmet gaben sich die Lieder, die Frl. Grossi am Schlusse sang. „Liebesblick" von H. Schmidt. „Du hast mir viel gegeben" von M. Frhr. v. Lüttwitz. „Einen Augenblick sich finden" von H. Riedel. Hier war der Empfindung ein Plätzchen gesichert und Frl. Grossi zeigte auch, daß ihre begnadete Stimme ein reiches inneres Seelenleben wiederzugeben weiß. Ob ein anderer Liebesblick als der von Hans Schmidt vielleicht nicht noch zündender gewirkt, ob das flache Salonliedchen von Frhr. v. Lüttwitz dem Konzertvortrage gerade berechtigt gewesen, das sind Fragen, die wohl manchem der Hörer durch den Sinn gegangen sind, und die wohl ihre Berechtigung hatten, aber indem sie eben die Grossi sang, hatten sie sicher die Berechtigung, einer prächtigen Stimme der Bethätigung verholfen zu haben.

Den nachhaltigsten Eindruck dürfte am gestrigen Abend wohl das Spiel des Herrn Wilhelm Müller hinterlassen haben. Das „Adagio" für Cello von Bargiel sowie die „Konzertvariationen" für Pianoforte und Cello Op. 17 von Mendelssohn gewährten den Einblick in ein Spiel voll Seele und Tiefe der Empfindung. Keine Passagen, Läufer und groteske Handbewegungen, kein Bestreben, die Palme der Fertigkeit zu erringen. Ein prächtiges Instrument voller Sang, dem der Meister mit sicherer Hand die schönsten Töne entlockte. Namentlich über Mendelssohn's Variationen war der volle Zauber des Schönen ausgegossen, und beide Instrumente wetteiferten in der würdigsten Wiedergabe. Als dritten hier noch nicht gekannten Künstler lernten wir den Pianisten Oscar Raif kennen, ein Schüler des leider so früh verstorbenen Tausig. „Die chromatische Fantasie und Fuge" von Bach sowie 2 Stücke von Chopin: 1) Terzenstudien und 2) Allegro vivace zeigten alle Vorzüge, die die moderne Klaviertechnik in der Individualisirung der einzelnen Meister erstrebte. Das von Herrn Raif verfaßte Nocturne traf in den Chopin'schen Ton ziemlich glücklich. Der durch alle Schattirungen der Tonstücke ebenmäßige Anschlag, die mustergültige Behandlung des Pedals, sowie die objektive Art der Auffassung lassen gleichmäßig den bedeutenden Schüler des großen Meisters erkennen. Wie in den Solovorträgen, so zeigte auch die Begleitung, namentlich in der Sonate von Rubinstein, womit das Konzert begann, und in den Variationen Mendelssohn's, eine weise Unterordnung und selbstloses Mitverherrlichen des tonangebenden Cello's.

Der von Berlin mitgebrachte Flügel aus der Fabrik des Herrn Duysen zeigte sich im vollsten Glanze. So verlief denn der Konzert-Abend, unter der regsten Theilnahme des Publikums, von Nummer zu Nummer, an Interesse und gerechter Würdigung durch Beifall gewinnend. Wenn auch das Programm in schon angedeuteter Weise vielleicht Manches lassen und Anderes an deren Stelle hätte setzen können, so war doch Alles, wie es gebracht wurde, vom ächten künstlerischen Hauche durchweht und unsere Stadt kann sich freuen, mit 3 Künstlern von Bedeutung im Konzertsaale Bekanntschaft gemacht zu haben. —g

---

* **Bezüglich des Schlossers Karl Kapucinski**, auf welchen in der Angelegenheit der einem Fabrikanten in Breslau gesandten Höllenmaschine gefahndet wird, theilt die „Ger. Ztg." mit, daß Kapucinski vom 20. Oktober 1874 bis zum 1. August 1875 und im laufenden Jahre nur ganz kurze Zeit im königlichen Feuerwerkslaboratorium zu Spandau in Arbeit gestanden hat. Die Erlangung von Zündschrauben, wie sie jetzt bei der neuen Feldchargirung Verwendung finden und wie solche in der verhängnißvollen Kiste mit enthalten waren, dürfte demnach wohl die alleinige Veranlassung zu seinem Wiedereintritt und baldigen Ausscheiden aus der Beschäftigung des Feuerwerkslaboratoriums gewesen und das Ganze ein lange geplanter Racheakt sein.

rung erfahren, daß die bedeutende Mehrzahl dieser schrecklichen Radikalen gewillt ist, eine liberale, aber durchaus gemäßigte Republik zu gründen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Nachstehende auf die bosnisch-herzegowinische Angelegenheiten sich beziehende Aktenstücke Raschid Paschah's ist die wiener „Polit. Korr." in der Lage veröffentlichen zu können:

Raschid Pascha an den k. und k. österreichisch-ungarischen Botschafter in Konstantinopel.

Hohe Pforte, den 13. Februar 1876.

Herr Botschafter!

Ich habe die Ehre, zu Ihrer Kenntniß zu bringen, daß die hohe Pforte mit Sorgfalt die Bosnien und die Herzegowina betreffenden Punkte geprüft hat, welche in der an die Vertreter Oesterreich Ungarns in London, Paris und Rom gerichteten und von Ew. Exzellenz mir durch Verlesung mündlich mitgetheilten Depesche Sr. Exzellenz des Grafen Andrassy enthalten sind. Da die hohe Pforte die Ueberzeugung erlangt hat, daß die Mächte, um allen Verwickelungen, die aus der Fortsetzung der Unruhen in Bosnien und der Herzegowina entstehen könnten, vorzubeugen, geneigt sind, auf die insurgirten Provinzen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln eine die rasche Pazifikation der letzteren bezweckende und bewirkende moralische Pression auszuüben, und da sie abermals einen Beweis sowohl des Entgegenkommens gegen die Rathschläge der Mächte als des lebhaften Wunsches geben will, die Ordnung und die Wohlfahrt unter ihren verirrten Unterthanen wieder herzustellen, so beeile ich mich, Ew. Exzellenz von der von Sr. kais. Majestät dem Sultan in dieser Angelegenheit gefaßten Resolution Mittheilung zu machen. Nachdem die kais. Regierung von den eben erwähnten wohlwollenden Gesinnungen der Mächte Akt genommen, hat sie mittelst eines kais. Iradé vom 15. Mouharem 1293 die sofortige Durchführung von vier Punkten der vorgeschlagenen fünf in Bosnien und der Herzegowina angeordnet und erklärt sie sich entschlossen, diese Punkte in ihrem vollen Umfange in diesen beiden Provinzen in Kraft treten zu lassen. Den hier in Abschrift beigeschlossenen, an die Vertreter Sr. Maj. des Sultans bei den Großmächten gerichteten Weisungen wollen Euer Exzellenz entnehmen, daß der fünfte Punkt durch eine Anordnung ersetzt worden ist, welche sowohl den Bedürfnissen dieser Provinzen als den Absichten, welche den betreffenden Vorschlag des Grafen Andrassy hervorgerufen haben, in vollem Maße entspricht. Indem ich Euer Exzellenz von dieser Entscheidung der hohen Pforte in Kenntniß setze, benütze ich diese Gelegenheit 2c

Raschid.

Zirkularschreiben Raschid Pascha's an die Vertreter der hohen Pforte bei den Großmächten.

Hohe Pforte, den 13 Februar 1876

Es ist Ihnen nicht unbekannt, daß Se. Excellenz der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten Sr. k. und k. Apostolischen Majestät eine Verständigung mit den Großmächten getroffen hat, um der Pforte gewisse, in Bosnien und der Herzegowina einzuführende Reformen freundschaftlich und zu dem Zwecke anzurathen, durch dieselben die Pazifikation unserer aufständischen Gebiete einen Augenblick früher herbeizuführen. Vor einigen Tagen haben mir die Botschafter der drei Nordmächte, Herr Graf Zichy, Herr Baron von Werther und Herr General Ignatiew, den Inhalt einer Depesche des Herrn Grafen Andrassy vom 30. Dezember an die Vertreter Oesterreich-Ungarns in Paris, London und Rom mündlich mitgetheilt. Die Herren Vertreter von Frankreich, England und Italien haben mir überdies den Beitritt ihrer Regierungen zu den vom österr.-ung. Kabinete angeregten Ideen angekündigt. Meine telegraphische Depesche vom 1. d. M., Nr. 42,703, hat das Vorstehende zu Ihrer Kenntniß gebracht. In Anbetracht der offiziösen und freundschaftlichen Form, in welcher uns, wie eben erwähnt, diese Mittheilung gemacht wurde, so wie des Umstandes, daß die uns vorgelesene Depesche nicht unmittelbar an unsere Adresse gerichtet war, halte ich es für überflüssig, in eine Analyse des Wortlautes dieses Schriftstückes einzugehen und in demselben gewisse Punkte aufzugreifen, welche sich der Erörterung darbieten würden. Die hohe Pforte hat sich daher darauf beschränkt, sich mit den fünf Punkten der Vorschläge des Grafen zu beschäftigen und dieselben sorgfältiger Prüfung zu unterziehen. Sie ist von der festen und aufrichtigen Absicht der Mächte, an der baldigen Pazifikation der insurgirten Provinzen in wohlthätiger Weise mitzuwirken, überzeugt und daher aufrichtig erfreut, von ihren wohlwollenden Gesinnungen Akt nehmen zu können. Sie hat endlich an der Offenheit und der Loyalität dieser Gesinnungen in Bezug auf uns um so weniger jemals einen Zweifel gehegt, als es ihr selbst am Herzen lag, diese verirrten Völkerschaften auf den rechten Weg zu führen, um ihnen gleich den übrigen Provinzen des Kaiserreichs die Vortheile der durch den jüngsten Ferman vom 12 Dezember eingeführten Wohlthaten zuzuwenden. In Sorge um die Wohlfahrt aller Seiner Unterthanen ohne Unterschied und in der Absicht, mit hoher und großherziger Initiative auf die insurgirten Provinzen ebensowohl die bereits zugestandenen Begünstigungen als die vom Grafen Andrassy in loyaler Weise angeregten Maßregeln auszudehnen, hat es Sr. Maj dem Sultann gefallen, indem Er diese Maßregeln als in den Kreis Seiner Souveränitätsrechte fallend und zugleich als Ergänzung der bereits durch Sein jüngstes erhabenes Reskript kundgemachten Verbesserungen betrachtet, durch ein Irade vom 15. Mouharrem 1293 die Durchführung der nachstehenden Punkte anzuordnen, welche sich aus den von der hohen Pforte angenommenen Grundsätzen ergeben und welche ausnahmslos in allen Gebieten Bosniens und der Herzegowina in Kraft zu treten haben werden. Diese Ergänzungsreformen sind folgendermaßen zusammenzufassen:

1. Volle und unbedingte Religionsfreiheit;
2. Aufhebung des Steuerverpachtungs Systems;
3. Verbesserung der agraren Lage der ackerbauenden Bevölkerung;
4. Einsetzung einer zu gleichen Theilen aus Muselmännern und Nichtmuselmännern zusammengesetzten Lokalkommission, um im Allgemeinen die Ausführung aller angeordneten Reformen zu überwachen.

Was den die Verwendung der direkten Steuern für die Bedürfnisse der Provinz selbst betreffenden Punkt des Vorschlages des Grafen Andrassy anbelangt, so macht die hohe Pforte darauf aufmerksam, daß diese Einrichtung mit dem allgemeinen Systeme unserer Finanzverwaltung nicht in Einklang zu bringen wäre. Nichtsdestoweniger ist Se. Majestät unser erhabener Herr in den Gesinnungen Seiner Gnade und Seiner hohen Sorgfalt für die durch den Aufstand verwüsteten Provinzen Willens, daß ihre Lage von der Regierung in Betracht gezogen werde, und hat daher die Auswerfung einer Summe angeordnet, deren Höhe auf Anordnung Sr. Majestät nach Anhörung der Wünsche der administrativen Berathungskörperschaften auf Grundlage der Lokalbedürfnisse festgestellt werden wird. Diese Summe wird eine Ergänzung der bereits für die Herzegowina und Bosnien zu öffentlichen Zwecken bestimmten Eingänge bilden. Die Verwendung der betreffenden Fonds wird unter sorgfältige Kontrole der im Sinne des Fermans vom 12 Dezember einzusetzenden Provinzialräthe gestellt werden. Ew. Exzellenz wird sich wesentlich an diesen Ideengang der hohen Pforte, der uns keinen fühlbaren Unterschied zwischen dem Sachlichen der Frage und dem formellen Standpunkte der Vorschläge des Grafen Andrassy aufzuweisen scheint, zu halten haben. Ich schließe diese Depesche indem ich auf Befehl Sr. Majestät unseres allergnädigsten Herrn erkläre, daß die kaiserliche Regierung fest entschlossen ist, diese Reformen in ihrem vollen Umfange in Vollzug zu setzen und jeden Angriff auf dieselben abzuwehren. Ich ersuche Sie, Herr Botschafter, die vorliegende Depesche Sr. Exzellenz dem Herrn Minister des Aeußeren vorzulesen und ihm Abschrift derselben zu hinterlassen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 25 Februar.

r. Das Wasser der Warthe hatte noch am 16. d. M. Mittags die Höhe von 4 Fuß 10 Zoll über dem Nullpunkte des Wallischeipegels, und stieg von da ab in Folge des Thauwetters, welches seit dem 15. d. M. eingetreten ist und die bedeutenden Schneemassen in dem großen Flußgebiete der Warthe zum Schmelzen brachte, allmälig bis zum 23. d. M, d. h. also im Verlauf einer Woche auf 9 Fuß 7 Zoll, täglich Anfangs 3 bis 5 Zoll, später 8 bis 11 Zoll. Erst vom 23. d. M ab, d. h also seit Mittwoch trat ein rapides Steigen des Wassers ein, wie wir es bisher hier selten gehabt haben. Donnerstag Mittags betrug der Wasserstand bereits 13 Fuß 8 Zoll, war also in 24 Stunden um 4 Fuß 1 Zoll in der Stunde 2 Zoll gestiegen, und Freitag Mittags ca. 16 Fuß 10 Zoll; es ist dies also ein Steigen von 7 Fuß 3 Zoll in 48 Stunden. Seitdem scheint das Wasser nicht mehr in dem Maaße, wie bisher, anzuwachsen, indem im Laufe des heutigen Tages binnen 8 Stunden das Steigen nur 6 Zoll betrug. In Neustadt a. W., 10 Meilen oberhalb der Stadt Posen, ist am Mittwoch und Donnerstag der Wasserstand derselbe geblieben: nämlich 4,12 Meter = 13 Fuß 1 Zoll, so daß demnach, falls nicht besonders ungünstige Umstände (Eisstopfungen, starke Regengüsse 2c) eintreten sollten, ein sehr bedeutendes Steigen des Wassers wohl nicht mehr zu erwarten sein dürfte. — Wir bemerken hiebei, daß bei ca. 19 Fuß das Wasser über die Wallischeibrücke geht, und daß am 1. April 1855 der Wasserstand eine Höhe von 21½ Fuß, im Jahre 1871 von mehr denn 18 Fuß erreichte.

— Die am 17. d. M. zu Wielichowo (Kr. Kosten) abgehaltene polnisch-katholische Volksversammlung hatte außer einem Telegramm an den Kardinal Ledochowski auch folgendes Telegramm in französischer Sprache an den Papst abgesandt:

Die zu Wielichowo im Großherzogthum Posen, Kreis Kosten, versammelten katholischen Polen, legen zu Füßen des heiligen Vaters den Ausdruck ihrer Gefühle der Treue, des Gehorsams und der unzerstörbaren Anhänglichkeit an die Kirche nieder und flehen Ew. Heiligkeit an, ihnen in den schweren Prüfungen der heutigen Zeiten den apostolischen Segen zu ertheilen.

Auf dies Telegramm lief am folgenden Tage nachstehende Antwort ein:

Der heil. Vater dankt den zu Wielichowo versammelten polnischen Katholiken und ertheilt ihnen von ganzem Herzen seinen Segen.

(gez.) Kardinal Antonelli.

— Aus Berlin wird uns die folgende Obertribunalsentscheidung mitgetheilt:

Die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind, nach einem Beschluß des Ober-Tribunals vom 9 Februar d. J. verpflichtet, die Vereinsstatuten und die Mitglieder-Verzeichnisse der Ortspolizeibehörde in deutscher Sprache einzureichen. Nur in der Provinz Posen ist ausnahmsweise die Einreichung in polnischer Sprache mit einer beiliegenden deutschen Uebersetzung gestattet. Der Gutsbesitzer von K. in Ostpreußen begründete einen landwirthschaftlichen Verein und reichte die Vereinsstatuten und das Mitgliederverzeichniß bei der Ortspolizeibehörde zu Culmsee in polnischer Sprache ein. Die Behörde verlangte jedoch, daß die Einreichung in deutscher Sprache erfolge. Da von K. sich weigerte, dies zu thun, so erhob die Polizeianwaltschaft zu Culmsee gegen jenen die Anklage wegen Verletzung des Vereinsgesetzes. Das Kreisgericht zu Thorn und das Appellationsgericht zu Marienwerder beschlossen jedoch, die Anklage als unbegründet zurückzuweisen, weil das Vereinsgesetz über die Sprache, in welcher die Vereinsstatuten 2c. abzufassen seien, nichts enthielte. Auf die Beschwerde des Oberstaatsanwalts zu Marienwerder hob das Ober-Tribunal die vorinstanzlichen Beschlüsse auf, indem es in seinem Beschluß ausführte: „Die für den ganzen Umfang der preußischen Monarchie erlassene Verordnung vom 11. März 1850 über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes, wenn sie im § 2 die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, bei Vermeidung der im § 13 angedrohten Strafe verpflichtet, die Statuten des Vereins und das Verzeichniß der Mitglieder binnen drei Tagen nach Stiftung des Vereins und jede Aenderung der Statuten oder Vereinsmitglieder binnen drei Tagen, nachdem sie eingetreten sind, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnißnahme einzureichen, setzt nach ihrem klar ausgesprochenen Zwecke als grundsätzlich und selbstverständlich voraus, daß die Einreichung der Vereinsstatuten und Mitglieder-Verzeichnisse in einer den preußischen Ortspolizeibehörden präsumtiv verständlichen Sprache, also in der bei den preußischen Behörden, mit Ausnahme der hier nicht in Betracht kommenden Gerichtsbehörden der Provinz Posen, als Geschäftssprache allgemein und ausschließlich eingeführten deutschen Sprache erfolgen soll, — ein Grundsatz, welcher sogar für die Provinz Posen durch die Vorschrift des Artikels IX der Verordnung vom 16. Juni 1834, „daß allen in polnischer Sprache zu den Akten gelangenden Vorstellungen eine deutsche Uebersetzung zur Seite stehen muß", gesetzliche Anerkennung gefunden hat."

r. **Auf der Fischerei** ist, wie bereits mitgetheilt, an einem der Zeh'schen Häuser ein Theil eingestürzt. Dieser Einsturz ist in so eigenthümlicher Weise erfolgt, daß eine genauere Mittheilung darüber für unsere Leser von Interesse sein dürfte. Das Hochwasser war im Laufe der beiden letzten Tage allmählig durch den angrenzenden Garten und Hofraum an das erwähnte Gebäude herangetreten und hatte die Fundamente erweicht, so daß heute Morgens 7 Uhr an derjenigen Seite des Gebäudes, an welche das Wasser am nächsten herangetreten war, ein ganzes Eckstück, welches von der Sohle des Gebäudes bis zum ersten Stockwerk reichte, sich loslöste und in die aufgeweihte Erde um etwa 2 Fuß versank. Dieses Mauerstück hat eine Höhe von etwa 12 Fuß und nach beiden Seiten hin eine Länge von ca. 8 Fuß. Natürlich wurde durch das Versinken dieses Eckstückes den Mauern der Halt genommen, und nur durch schleuniges Absteifen konnte ein weiteres Nachstürzen derselben vermieden werden, wiewohl sich bereits bedenkliche Risse gebildet hatten. Im Laufe des Vormittags mußte das bedrohte Gebäude, welches außer dem Erdgeschoß zwei Stockwerke hat, schleunigst geräumt werden Vor etwa 3 Jahren hatte der Blitz in dieses Gebäude eingeschlagen, und soll dabei in jener Ecke zur Erde gefahren sein. Ob dieser Umstand irgend einen Einfluß auf das Versinken des Eckstückes geübt haben mag, wie behauptet wird, erscheint fraglich. Die Hauptursache liegt jedenfalls in nicht genügender Fundamentirung.

r. **Zur Regelung des Schiffsverkehrs** in der Umgebung der Eisenbahnbrücken im Eichwalde bei Posen, bei Solec und bei Dembno ist von der k. Regierung zu Posen auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und mit Bezug auf die Strompolizei-Verordnung vom 8. Januar eine besondere Polizeiverordnung unter dem 30. Dezember v. J. erlassen worden. Danach hat jeder Schiffsführer den Anordnungen des Krahnwärters, resp. dessen Vertreters in Beziehung auf das Anlegen und Abfahren, sowie auf den Gebrauch der Schifffahrtseinrichtungen Folge zu leisten, jenen Beamten auch die auf seinem Schiffe befindlichen Arbeitskräfte zum Legen und Stecken der Masten und zum Durchholen seines Schiffes 2c. zur Verfügung zu stellen. Die stromaufwärts fahrenden Schiffe haben bei Benutzung der Krahne und der hiermit in Verbindung stehenden Anlagen ein Vorzugsrecht vor denjenigen, welche etwa mit stehendem Mast stromabwärts fahren 2c. Jede Uebertretung der in der Verordnung gegebenen Vorschriften wird unter Vorbehalt der Verbindlichkeit zum Schadenersatz mit einer Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit verhältnißmäßiger Haft geahndet, soweit nicht durch besondere Strafgesetze eine anderweite Strafe bestimmt ist.

r. **In Betreff der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder** hat die hiesige k. Regierung unter dem 17. Februar d. J. auf Grund des § 11 des Ges. vom 11. März 1850 folgende Verordnung erlassen:

1) Schulpflichtige nicht zur eigenen Familie des Arbeitgebers gehörige Kinder dürfen zu häuslichen oder gewerblichen Diensten oder in Fabriken während der an der betreffenden Schule für den Schulunterricht festgesetzten Stunden nur auf Grund eines von dem Lokal-Schul-Inspektor des Wohnortes des betr. Kindes ausgestellten Erlaubnißscheines verwendet werden, in welchem die Stunden ausdrücklich bezeichnet sind, während deren diese Verwendung nicht gestattet wird. 2) Arbeitgeber, welche der Verordnung ad 1 zuwider ein Kind beschäftigen, verfallen — sofern sie nicht die strengeren Strafen der §§ 148, 9 oder 150 der deutschen Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 (Bundesgesetzblatt de 1869 S. 245 u. ff.) resp. des § 2 ad 4 und 6 des Reichsgesetzes vom 12. Juni 1872 (Reichs-Gesetzblatt de 1872 S. 170 folg.) verwirkt haben — für jedes Kind, welches sie der Vorschrift ad 1 zuwider beschäftigt haben, für jeden Schultag, an welchem sie es beschäftigt haben, in eine Polizeistrafe von 1 bis 30 Mark event. verhältnißmäßiger Haftstrafe. 3) Unsere durch das vorjährige Amtsblatt veröffentlichte Polizei-Verordnung vom 3. August 1875 bleibt neben der gegenwärtigen bestehen

— **Im Interimstheater** gedenkt am Montag Frl. Therese de Wrząca-Brzechffa zu gastiren, wobei Lieder und Arien in französischer, italienischer und polnischer Sprache zum Vortrag kommen sollen Die Dame hat schon vor einiger Zeit im Bazar ein Konzert veranstaltet und sich als tüchtige Sängerin gezeigt, der namentlich, was den Umfang der Stimme betrifft, reiche Mittel zu Gebote stehen. Ihre damalige Aufnahme Seitens des Publikums war eine sehr warme. Möge ihr der Montag Gelegenheit geben auch vor einem etwas erweiterten Zuhörerkreise Würdigung ihrer Leistungen zu erfahren.

— **Hat auch dieser Glaube geholfen?** Die „Gazeta Tor." theilt folgenden rührenden Vorfall aus der Umgegend von Pelplin mit: „Vor einigen Tagen brachte eine ganz arme Frau einem Geistlichen zu einer Messe für das Wohlergehen des freigelassenen Kardinals Ledochowski die übliche Geldsumme und zählte dieselbe in lauter Silbergroschen auf. Beim Anblick eines so großen Glaubens und einer solchen Liebe zu den leidenden Dienern der Kirche wurde das Herz des Geistlichen gerührt Die Aermste hatte vielleicht Silbergroschen für Silbergroschen mühsam erworben und vielleicht öfters Hunger gelitten, um nur Demjenigen helfend beizustehn, auf den heute die ganze Welt (!) mit der allergrößten Bewunderung (!) blickt" Ob der Geistliche der armen Frau das Meßgeld zurückgegeben, oder sich mit dem Tribut der Rührung begnügt hat, verschweigt des Sängers Höflichkeit.

— **Ein polnisch-katholischer Verein** hatte sich vor 2 Jahren in Spandau gebildet, war jedoch von der Behörde nach dem Attentat auf den Fürsten Bismarck wieder aufgelöst worden. Nachdem die Untersuchungen der Vereinsangelegenheiten ein ganzes Jahr gedauert hatten, wurde die Neukonstituirung des Vereins wieder gestattet, doch zugleich die Verfügung erlassen, daß die Verhandlungen in deutscher Sprache stattfinden müßten. Darüber beschwerte sich der Verein beim Landrathe, der jedoch ablehnend antwortete, weil keine Polizeibeamten vorhanden seien, welche die Verhandlungen in polnischer Sprache überwachen könnten. Darauf wandte sich der Verein mit einer zweiten Beschwerde an den Landrath, worin er zwei Polizeibeamte namhaft machte, welche der polnischen Sprache mächtig wären. Der Landrath theilte die Angelegenheit der Regierung mit, die zur Antwort gab, daß die Polizei nur verpflichtet sei, Verhandlungen zu überwachen, die in der Landessprache geführt würden; außerdem seien die beiden erwähnten Polizeibeamten der polnischen Sprache nicht vollständig mächtig. Die Korrespondenz des „Orędownik", der wir diese Mittheilung entnehmen, beklagt sich auch darüber, daß mehrere Gastwirthe dem Vereine ihre Lokalitäten verweigerten, weil er als staatsgefährlich bezeichnet wurde, und daß es in Spandau mehrere Polen gäbe, die mit protestantischen Frauen verheirathet seien und fast vergessen hätten daß sie Polen seien. In diesen aber könne der religiöse und nationale Sinn nur durch den Verein wieder belebt werden. Die Redaktion des „Orędownik" knüpft hieran eine Bemerkung, in der sie den spandauer Polen räth, in ihren Familien nur polnisch zu sprechen. Ferner sei es besser, daß die Polen lieber nach Amerika auswanderten, als unter die Deutschen nach Brandenburg oder Mecklenburg.

— **Aus Lemberg** meldet ein Privattelegramm des „Dziennik Poznański", daß daselbst heute Morgen der polnische Dichter Seweryn Goszczyński im Alter von 73 Jahren verstorben ist.

r. **Die kgl. Domäne Grimsleben** etwa ½ Meile von Schrimm, und 3 M. von der Eisenbahnstation Czempin entfernt, bestehend aus dem Vorwerke Grimsleben und Sansberg mit 397,240 Hektaren, und dem Vorwerke Dronkau mit 295,701 Hektaren, soll von Johannis 1876 ab auf 18 Jahre verpachtet werden. Das Pachtgelder-Minimum beträgt 10,000 M., die zu bestellende Pachtkaution 3500 M.; jeder Bieter muß sich über den Besitz eines disponiblen Vermögens von 84,000 Mark, sowie über seine Qualifikation ausweisen.

§ **Durch Kohlendunst** ist in Jerzyce in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ein Gärtnergehilfe ums Leben gekommen. Zwei andere Arbeiter, welche in demselben Zimmer schliefen, waren bewußtlos geworden, doch gelang es, dieselben wieder ins Leben zurückzurufen. Die Gehilfen hatten Abends zuvor das Zimmer mit Torf geheizt, auch geistige Getränke genossen und sich dann schlafen gelegt.

§ **Verhaftet** wurde auf Requisition des Staatsanwaltes, angeblich wegen Meineides, ein ehemaliger Wirthschaftsbeamter, welcher sich hier aufgehalten hat.

§ **Diebstähle.** Verhaftet wurde eine Böttcherfrau, welche vor einiger Zeit einer auf St. Martin wohnenden Arbeiterfrau aus unverschlossener Stube ein Umschlagetuch gestohlen hat. Ebenso wurde ein Maurer verhaftet, welcher seinem auf St. Roch wohnenden Schwager verschiedene Kleidungsstücke gestohlen hat. Der Strafantrag ist bereits gestellt worden. — Gestern Nachmittags entwedete ein 13jähriges Mädchen einer Schifferfrau auf der Wallischei aus der Tasche ihres Kleides ein Portemonnaie mit einer kleinen Summe Geldes und entfloh mit derselben in ein Haus, wo die jugendliche Diebin das Portemonnaie versteckte. Das Letztere wurde dort schließlich gefunden, und der Bestohlenen zurückgegeben.

Lissa, 23 Februar. [Abiturientenprüfung. Wahl zum Provinziallandtage.] Bei dem am Montag durch Herrn Schulrath Polte am hiesigen Gymnasium abgehaltenen Examen der Abiturienten haben sämmtliche 14 das Zeugniß der Reife erhalten; fünf derselben waren von dem mündlichen Examen dispensirt worden. — In einer gestern stattgehabten außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten behufs Neuwahl des Abgeordneten und dessen zwei Stellvertretern zum Provinziallandtage für die Jahre 1876—1881 wurden Herr Kommerzienrath J. A. Moll als Abgeordneter, der Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreter und Bäckereibesitzer Rauhut als erster Stellvertreter und der Stadtverordnete und Maurermeister Gerndt als zweiter Stellvertreter gewählt.

t. **Punitz**, 24. Februar. Bei dem Dorfe Korsenz hat das Hochwasser die Orlabrücke zerstört, wodurch der Verkehr auf der Chaussee, von Rawitsch nach Trachenberg, gänzlich gehemmt ist.

△ **Pinne**, 23. Februar. [Repräsentantenwahlen in der israelitischen Gemeinde.] Bei der gestern Nachmittags im hies. Polizeibureau angestandenen Sitzung zwecks einer Neuwahl von fünf Repräsentanten der hiesigen isr. Gemeinde waren von 94 Stimmberechtigten nur 29 erschienen. Vor Eröffnung der Verhandlungen hielt der von Seiten des Landraths bestellte Wahl-Kommissarius Herr Bürgermeister Szablikowski eine Ansprache, in welcher er die Versammelten, unter Hinweis auf den Wahlspruch: „Einigkeit macht stark", ermahnte, bei der nun vorzunehmenden Wahl nur das reine und wahre Interesse der hies. jüd. Gemeinde im Auge zu haben. Es wurden hierauf auf eine Dauer von 6 Jahren an Stelle der ausgeschiedenen Repräsentanten gewählt: Bäckermeister M. Lewy, Schneidermeister M. J. Baer, Kaufmann Abr. Lewin jun. und Kaufmann S. Markus; neu gewählt die Herren: Gastwirth H. Munter, Schneidermeister R. Israel, Kaufmann A. Israel und Schneidermeister J. Zadek; wiedergewählt wurde der Kaufmann H. Mahlke

Zu Stellvertretern sind ernannt worden die Herren: J. Salomon, Wolf, Vogel und J. Borchardt.

⊙ **Rawitsch**, 24. Februar. [Bildungs-Verein. Sozialdemokratisches.] Am 16. d. M. hielt Herr Bürgermeister von Buchholz im hiesigen Bildungsvereine einen Vortrag über die Grenzen der Staatsgewalt. Redner gab zuerst einen geschichtlichen Ueberblick über die Zustände des öffentlichen Lebens vor ca. 100 Jahren, und zeigte, wie damals der Wille des Landesherrn unbeschränktes Gesetz zu sein pflegte, wie beengt das Verkehrswesen. wie gedrückt Handel und Gewerbe waren. Nach einem Hinblick auf die Veränderungen, welche seit der französischen Revolution eingetreten sind, ging der Vortragende auf die Ansichten ein, welche verschiedene politische und soziale Parteien über die Rechte des Staates gegenüber dem Gesammtwohl und den wirthschaftlichen Interessen haben. In längerer und von allen Seiten beifällig aufgenommener Weise wurde ausgeführt, daß es unrichtig sei von der natürlichen Entwickelung der Dinge ohne jegliche Einwirkung des Staates das allgemeine Wohlbefinden zu erwarten, wie die Manchesterschule (doch nur die Ultras dieser Schule — Red. d. Pos. Ztg.) lehrt, daß aber andererseits der Staat nicht Alles durch spezielle Gesetze und Schutzbestimmungen regeln könne; die Wahrheit sei in der Mitte zu suchen. Der Staat müsse die Verhältnisse auf wirthschaftlichem Gebiet überwachen und dort wo es zum Besten der Staatsangehörigen wünschenswerth erscheine, hemmend oder fördernd eingreifen können. Die Befugnisse des Staates in dieser Hinsicht seien eher zu vergrößern als zu verringern, wenn nicht, wie es sich jetzt mehr und mehr anbahne, einzelne Klassen zum Nachtheil anderer bereichert werden sollten, denn es müsse als wünschenswerth bezeichnet werden, daß das Nationalvermögen nicht in den Händen Weniger sich konzentrire, sondern daß Viele daran Theil hätten.

Am 23 hielt hier Herr Keller, Wanderlehrer der Gesellschaft für Volksbildung, einen Vortrag über die sozialen Parteien der Gegenwart. Nach einem Rückblick auf die älteren Vertreter des Sozialismus und Kommunismus wurden die Lehren der Hauptverfechter desselben der heutigen Zeit besprochen, und nach einer Darlegung der Bestrebungen der Gewerkvereine spezieller auf die sozialdemokratische Arbeiterpartei und ihr im Mai vorigen Jahres aufgestelltes Programm eingegangen. Der Redner hob die wichtigsten Punkte desselben hervor und wies mit Bezugnahme auf den im „Sozialdemokrat" entwickelten Zukunftsstaat die Unmöglichkeit desselben nach. Herr Keller schloß damit, daß die Lage des Arbeiters sich bessern werde, wenn er produktionsfähiger zu werden suche und demgemäß nach Bildung und erhöhter Leistungsfähigkeit strebe, nicht aber, wenn er einseitig von einer anderen Staatseinrichtung das Heil der Zukunft erwarte und über der Zukunft die Gegenwart verliere. Nach dem fast 1½ stündigen Vortrage meldete sich der bekannte Agitator der sozialdemokratischen Partei Herr Reinders aus Breslau, der zu diesem Zweck nach R. gekommen war, zum Wort und suchte einerseits die Ausführungen des Herrn K. zu widerlegen, andererseits die Bestrebungen seiner Partei in einem anderen Lichte erscheinen zu lassen. Auch seine Ausführungen nahmen über 1⅓ Stunden in Anspruch. Nach mehreren Hin- und Widerreden, an denen die Versammlung vielfach lauten Antheil nahm, wurde die Verhandlung erst nach 12 Uhr geschlossen. Der Saal konnte die Menge der Anwesenden, die zum großen Theil dem Arbeitstande angehörten, nicht fassen. Leider war die Haltung eines Theiles derart, daß sie keinen hohen Begriff von dem Bildungszustand unserer Arbeiter erwecken mußte. Seitens des Vorsitzenden wurde trotz mehrfacher tumultuarischer Szenen der sozial demokratischen Partei die vollste Redefreiheit gewährt.

Schlichtingsheim, 23. Februar. [Jahrmarkt.] Der heute abgehaltene Jahrmarkt war geschäftslos. An Vieh war wenig zugetrieben und die Forderungen so enorm, daß nur selten ein Kauf zu Stande kam. Die große Geschäftslosigkeit ist lediglich darin zu suchen, daß durch die in der ganzen Umgegend stattgefundenen Ueberfluthungen der Verkehr auf den Kommunikationswegen zum großen Theil gehemmt ist.

Strzalkowo, 21. Februar. [Deutsche und russische Portotaxe für Geldbriefe. Postangelegenheit. Spiritusausfuhr aus Rußland.] Das Porto bei der deutschen Reichspost beträgt für einen Geldbrief bis zu 600 Mark D. W. ohne Unterschied der Schwere desselben, bis zum Maximalgewicht von 250 Gramm = ½ Pfd. in der ersten Zone, also bis zu 75 Kilm. 30 Pf.; in der zweiten Zone, also über 75 Kilm. bis an Deutschlands Grenzen, 50 Pf. Ueber 600 bis 900 Mark wird ein Zuschlag von 5 Pf., über 900 bis 1200 M. von 10 Pf., über 1200 bis 1500 M. von 15 Pf. gezahlt, also für je 300 Mark oder einen Theil davon 5 Pf. Halten wir hiergegen die russischen Portosätze, so sehen wir, wie bedeutend höher dieselben sind. In Rußland beträgt das Porto für einen Geldbrief der bis 100 Rubel enthält, (Post-Anweisungen sind bei der russischen Post noch nicht eingeführt) bis zum Gewicht von 12½ Gramm, 1) an Versicherungsgebühren 100 Kopeken, 2) an Gewichtsporto 10 Kopeken, zusammen also 110 Kopeken, gleich 3 M. 55 Pf. Obgleich der Rubel jetzt nur 2 M. 65 Pf. steht, so wird doch derselbe beim Umrechnungsverfahren im Postwesen mit 3 M. 20 Pf. berechnet. Steigt das Gewicht über 12½ Gramm, so tritt ein abermaliges Gewichtsporto von 10 Kopeken hinzu und so fort; bei jeder Gewichtssteigerung um 12½ Gramm müssen jedesmal 10 Kopeken mehr entrichtet werden. Ueber 100 bis 400 Rubel sind pro Rubel ½ Kopek Versicherungsgebühren und noch eine feste Gebühr von 50 Kopeken, über 400 bis 1600 Rubel ist pro Rubel ¼ Kopeke Versicherungsgebühren und eine feste Gebühr von 1 Rubel 50 Kopek; über 1600 Rubel ist pro Rubel ⅛ Kopek und eine feste Gebühr von 3 Rubel 50 Kopek zu entrichten. Hierzu tritt noch das Gewichtsporto von 10 Kopek für je 12½ Gramm. In Rußland ist ferner die Geldpost von der gewöhnlichen Brief- und Personenpost getrennt. Letztere verkehrt mit dem hiesigen Orte täglich. Die Geldpost kommt nur zweimal in der Woche hier an, und zwar am Montag und Donnerstag, aber jedesmal in der Begleitung eines Postbeamten. — Nach einer Anordnung des russischen General-Gouverneurs von Wilna dürfen künftighin solchen ausländischen Reisenden, welche auf Grund von Grenz-Legitimationsscheinen die russisch-polnische Landesgrenze überschritten haben, russische Aufenthaltsscheine oder Legitimationspapiere zum Verweilen im Innern Rußlands nicht mehr ertheilt werden. Zu dem Aufenthalte im russischen Reiche bedarf daher jeder Ausländer eines Passes der mit dem Visum des kaiserlichen russischen Konsuls oder dessen Vertreters versehen sein muß. — In Folge des von der russischen Regierung angeordneten Spiritus-Ausfuhr-Verbots hat sich in Russisch Polen ein Komité der angesehensten Gutsbesitzer gebildet, welche, da dieses Ausfuhrverbot ihre Existenz gefährdet, dieser Tage nach Petersburg reisen werden, um persönlich in einer Audienz bei dem Kaiser um Aufhebung dieses Verbots zu petitioniren. Da ihnen der Generaldirektor der Zölle seine Fürsprache in dieser Angelegenheit versprochen hat, so hoffen sie, daß ihre Bitte Gehör finden werde.

Schneidemühl, 22. Februar. [Protest] Gegen die in der letzten abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des evangelischen Gemeinde-Kirchenraths und der Gemeinde Repräsentanten stattgefundenen Wahl des Goldarbeiters und Zahntechnikers Thümmel zum Gemeinde-Kirchenrath hat die orthodoxe Partei Protest eingelegt. Begründet ist derselbe durch einen bei der Wahl vorgekommenen Formfehler; die Sache hat jedoch einen tieferen Grund. Der Gewählte, obgleich eine allgemein beliebte, geachtete und von einem echt christlichen Sinne erfüllte Persönlichkeit, gehört nämlich der liberalen Richtung und dem Orden der Freimaurer an und kann als solcher doch nicht Mitglied des evangelischen Kirchenraths sein. Man hofft, daß das kgl. Konsistorium zu Posen, welchem diese Angelegenheit zur Entscheidung vorgelegt worden ist, die Protest-Partei abschläglich bescheiden wird. Im anderen Falle steht bei einer etwaigen Neuwahl zu erwarten, daß Herr Thümmel mit desto größerer Majorität wiedergewählt werden wird. (Br. Z.)

Aus dem Gerichtssaal.

□ **Moschin**, 23. Februar. (Uebertretung der Maigesetze?) Unter der Anklage von Anwendung kirchlicher Straf- und Zuchtmittel behufs Abhaltung von staatsbürgerlichen Pflichten stand am 22. d. M. der Propst Nitschke aus Moschin vor der Kriminalabtheilung des Kreisgerichts zu Schrimm. Der Thatbestand auf den sich die Anklage gründet ist folgender. Als am 8. März v. J. der Lehrer Sz. von hier sich in der kathol. Kirche einfand, um das Abendmahl zu empfangen, ließ ihn der Propst Nitschke durch den Kirchendiener in die Sakristei rufen und eröffnete ihm, er könne ihm das Abendmahl nicht reichen, weil Sz. sich durch seine Unterschrift an der Staatskatholiken-Adresse betheiligt und dadurch nach der Encyklika des Papstes vom 14. März 1874 sich selbst aus der Kirchengemeinschaft ausgeschlossen habe. Auf die Frage des Sz, was er zur Sühne dieses Vergehens thun müsse, eröffnete ihm der Propst, er möge in öffentlichen Blättern seine Unterschrift widerrufen. Dies zu thun verweigerte der Lehrer Sz., weil er den Inhalt der Adresse mit vollem Bewußtsein unterschrieben habe und entfernte sich sodann aus der Kirche. Im Laufe der Verhandlung beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten wegen Anwendung von kirchlichen Straf- und Zuchtmitteln behufs Unterlassung staatsbürgerlicher Pflichten, § 21 und 31 des Gesetzes vom 14 Mai 1873, eine Geldbuße von 150 Mark, event. eine einmonatliche Gefängnißstrafe. Die Vertheidigung bestritt die Ausführung der Staatsanwaltschaft und machte namentlich geltend, daß das Unterschreiben einer Adresse durchaus nicht zu den staatsbürgerlichen Pflichten gehöre und beantragte Freisprechung. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Vertheidigers an und sprach den Angeklagten frei.

Berlin, 21. Februar. Drei der gemeingefährlichsten Verbrecher der Hauptstadt wurden heute in Ketten geschlossen auf die Anklagebank des königlichen Stadtschwurgerichts geführt. Es waren dies: 1) der bekannte Raubmörder, Möbelpolirer Friedrich Herrmann Dietrich, gen. Neuß. Dieser ist 1848 in Potsdam geboren und außer vielen anderen Vorstrafen, im Monat Dezember v. J. von dem hiesigen Kreisschwurgericht wegen Doppelraubmordes begangen zu Tegel an dem Sandfuhrmann Neumann und dessen Ehefrau zum Tode verurtheilt worden, 2) der Arbeiter Karl Bonk und dessen Bruder Emil Bonk, ersterer 1854, letzterer 1852 zu Berlin geboren. Die Crimina, deren die Angeklagten bezichtigt werden, werfen ein höchst grelles Schlaglicht auf die Sicherheitszustände unserer Residenz. Es war in der Nacht vom 4. zum 5. September v. J., in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, als einige Maurergesellen den Weg durch den Humboldtshain nehmend, ihrem Heim zusteuerten. Karl Bonk trat ihnen mit einigen Complicen in den Weg, und nach mehrfach ausgestoßenen Invektiven schlug Bonk dem Maurergesellen Bohle mit einem scharfen Instrument derartig ins Genick, daß er sofort mit Blut überströmt besinnungslos hinstürzte; den Maurergesellen Fritsche, der Bonk ob dieser Unthat zur Rede stellte, traf sogleich dasselbe Schicksal. In derselben Nacht gegen 2 Uhr debutirten Neuß und Emil Bonk in der Ackerstraße Sie schlugen ohne jede Veranlassung mit scharfen Instrumenten den Zimmergesellen Reim nieder und mißhandelten ihn derartig, daß er nicht nur lange Zeit arbeitsunfähig und in ärztlicher Behandlung war, sondern auch noch des Gehörvermögens seines rechten Ohres vollständig verlustig gegangen ist. Alsdann nahmen die Räuber dem unglücklichen Reim Uhr und Kette nebst Portemonnaie mit 7½ Thaler Inhalt ab. Am Abend des 5 September v. J äußerte Neuß zu Emil Bonk: Heute schlagen wir den ersten nieder, „den wir man alleene treffen" Gegen 10 Uhr Abends begegneten sie in der Uferstraße dem Sattlergesellen Hentschke Mit den Worten: „Wie steht es mit dem Gelde", vertrat Neuß dem Hentschke den Weg während Emil Bonk den Hentschke ohne Weiteres mit einem scharfen Instrument zu Boden schlug Auch diesem nahmen die Räuber Uhr, Kette und Portemonnaie weg. In der Nacht vom 7. zum 8 September v J. drang Neuß mittelst Fenstereinschlagens in das Destillationslokal von Schulz, Lindowerstraße 15, erbrach die Geldschublade, entwendete aus dieser das darin befindliche Geld von 5 Thalern und 3 Billardbälle Bezüglich des zweiten und dritten Verbrechens mußte die Verhandlung ausgesetzt werden, da die Hauptzeugen fehlten Wegen der beiden anderen Verbrechen wurde Neuß zu 8 und Karl Bonk zu 6 Jahren Zuchthaus nebst den entsprechenden Ehrenstrafen verurtheilt. (Post)

Berlin, 22 Februar. Ein langwieriger Prozeß, der des Rittergutsbesitzers von Mitschke-Collande wider die görlitzer Eisenbahn, ist nach Erhebung zahlreicher Beweise am Montag von der Zivil-Abtheilung des Kammergerichts entschieden worden. Dem Klagefundament liegt ein Vorfall aus dem Jahre 1873 zu Grunde. Am 16. Mai nämlich hütete an einem dicht bei Görlitz belegenen Knotenpunkte der sächsischen Staatsbahn und der görlitzer Eisenbahn der Schäfer des Klägers eine große Heerde Schafe, unter welcher sich eine Anzahl edler Mutterschafe befanden. Bei Ankunft eines auf der letzteren Bahn abgelassenen Zuges hatte der Wärter die dort befindliche Barriere zu schließen vergessen, und die durch das Brausen des Zuges ängstlich gewordenen Thiere liefen direkt dem Zuge entgegen, wobei allein 36 kostbare Mutterschafe ihren Tod fanden. Herr von Mitschke verlangte von der Görlitzer Bahn einen Schadenersatz von 1250 Thlr., welchen Betrag derselbe bei der Weigerung der Bahnverwaltung, irgend einen Ersatz zu leisten, gegen die Letztere einklagte. Das hiesige Stadtgericht erkannte auf Abweisung des Klägers, da es nicht für festgestellt erachtete, daß die Schafe durch das begangene Versehen eines Angestellten der Verklagten allein verunglückt seien. Auf die von dem Kläger gegen diese Entscheidung eingelegte Appellation ordnete das Kammergericht eine ganz umfassende Beweisaufnahme an, deren Erhebung beinahe 2 Jahre Zeit in Anspruch nahm, deren Resultat aber ein für den Kläger günstiges war. Der Kammergerichtshof änderte daher das erste abweisende Erkenntniß dahin ab, daß es die Verklagte zur Erstattung des entstandenen Schadens verurtheilte, dessen Höhe durch einen dem Kläger auferlegten Eid festgestellt werden soll.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Berlin**, 22. Februar. [Die Liquidation der Makler-Vereinsbank] hierselbst hat sich bisher in einer verhältnißmäßig befriedigenden Weise abgewickelt und vom 1. Mai cr. ab, zu welcher Zeit die vom Handel-Gesetzbuch vorgeschriebene Frist von einem Jahr seit der Bekanntmachung der Liquidation abgelaufen sein wird, wird eine Quote von 25 pCt. = 20 Thlr. per Aktie zur Ausschüttung gebracht werden können. Der weitere Fortgang der Liquidation dürfte allerdings nur langsam von Statten gehen, da größere Posten von Hypotheken im Besitz der Gesellschaft sind, für deren Realisirung die Liquidatoren den Fälligkeitstermin abwarten wollen, um nicht genöthigt zu sein, die Hypotheken mit Verlust zu verkaufen. (B. B. C.)

Berlin, 24 Februar. [Verein der Spiritusfabrikanten.] Heut Vormittag wurde die 23 ordentliche Generalversammlung des „Vereins der Spiritusfabrikanten in Deutschland" durch den Vorsitzenden des Vereins Rittergutsbesitzer Kiepert-Marienfelde in dem großen Saal des Englischen Hauses eröffnet. - Derselbe begrüßte in kurzen herzlichen Worten die etwa 260 anwesenden Fachgenossen und ertheilte sodann dem Generalsekretär Dr. Uvo Schwarzwälder (Leipzig) das Wort, welcher den Bericht über das verflossene Vereinsjahr erstattete. Derselbe gab ganz erfreuliche Resultate. Die Mitgliederzahl ist auf 559 angewachsen und das Vermögen auf 1276 Mark. Namentlich wendete der Verein seine Thätigkeit der Entwickelung der von ihm begründeten Versuchsstation zu, welche schon recht günstige Resultate erzielte, aber nicht genug der weiteren Fürsorge der Vereinsmitglieder empfohlen werden kann. — Dem Kassenbericht, welchen der Schatzmeister des Vereins, Oekonomierath Noodt hierauf erstattete, entnehmen wir, daß die Einnahmen incl. des Bestandes vom Vorjahre sich auf 12,238 Mark 14 Pf. beliefen und die Ausgaben 9977 M. 43 Pf. betrugen, so daß ein Bestand von 2260 M 71 Pf. verblieb. — Die Versammlung ertheilte beiden Herren Decharge und nahm sodann der Bericht des Direktor Groß über den Stand der Unfallversicherung und der geleisteten Entschädigungen Seitens der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs Aktiengesellschaft entgegen. Die ersten beiden Versicherungsjahre brachten nach Abzug der Verwaltungskosten eine Einnahme von 11 667 M.; für 22 Unfälle mußten in dieser Zeit gezahlt werden: 11473 M., so daß noch ein Ueberschuß von 194 M. verblieb. Das dritte Geschäftsjahr, das mit dem 1. Oktober v. J. begann, hat nach Abzug der Verwaltungskosten eine Einnahme von 11,742 M. ergeben. Für die bis jetzt vorgekommenen 5 Unglücksfälle mußte eine Ausgabe von 11,860 M. geleistet werden, so daß augenblicklich ein Defizit von 118 M. vorhanden ist. Die Zahl der Versicherten aus 125 Brennereien belief sich auf 126. — Nunmehr erstattete der Direktor der Versuchsstation Dr. Delbrück Bericht über die Thätigkeit des Instituts, das von den Mitgliedern in zahlreichen Fällen für Prüfung und Lieferung von Instrumenten und Analäten in Anspruch genommen wurde. Namentlich liegt es in der Absicht des Instituts hier in Berlin unter Leitung und Aufsicht des Kuratoriums des Vereins eine Brennereischule ins Leben zu rufen, welche sowohl tüchtige Brennerei-Inspektoren und Oberbrenner als auch brauchbare Brennerei-Verwalter und Unterbrenner heranbilden soll. Dies kann aber nur ermöglicht werden, wenn die Brennereibesitzer diesem Unternehmen ihre Unterstützung voll und ganz zu Theil werden lassen. Bei der hieran sich knüpfenden Debatte wurde das Bedürfniß für ein solches Institut allgemein anerkannt, und der Wunsch ausgesprochen, daß diese Brennerschule in den Sommermonaten, in denen die Campagne ruht, die Brennereibeamten theoretisch ausbilden möge. Das Kuratorium wurde ersucht, eine Berechnung aufstellen zu lassen darüber, welche Ausgaben ein derartiger Lehrkursus für einen Beamten verursachen würde und darüber der Versammlung morgen Bericht zu erstatten. Die übrigen heut zur Verhandlung gelangenden Fragen waren technischer Natur und werden die Berathungen morgen Vormittag fortgesetzt werden.

** **Schlesische Boden-Kredit-Aktien-Bank.** Der Geschäftsbericht für die Generalversammlung vom 4. März cr. ist soeben erschienen. Wir entnehmen daraus Folgendes: Der normale Verlauf des Jahres 1875 findet seinen Ausdruck in einer entsprechenden, auf allen Gebieten des ihr statutenmäßig zugewiesenen Geschäftskreises gleichmäßig zu konstatirenden, stetigen Entwickelung. Dieselbe übertrifft in mannigfacher Beziehung die Resultate des Vorjahres, insbesondere in dem nicht unbedeutenden Mehrbetrage erworbener Hypotheken und verkaufter Pfandbriefe. Demgemäß weist auch der Gewinn des Jahres, welcher 634,905 Mark gegen das Vorjahr eine Steigerung von 52,257 Mark nach, welche sich auf fast alle Gewinnposten nach entsprechendem Verhältniß vertheilt. Die nachstehenden Daten gewähren einen speziellen Einblick in die geschäftlichen Verhältnisse des abgeschlossenen Geschäftsjahres. Es gingen Anträge auf Erwerb unkündbarer Hypotheken ein in Höhe von 10,611,170 Mark Bewilligt wurden 7 007,170 Mark definitiv abgelehnt 3,389 6000 Mark, am Schlusse des Jahres unerledigt 214,4000 Mark. Der neubewilligte Betrag vertheilt sich der Lage der Grundstücke nach: auf die Provinz Brandenburg einschließlich Berlin mit 3,101,120 Mark, auf die Provinz Schlesien mit 1,798 300 Mark. auf die Provinz Posen mit 1 569,150 Mark, auf die Provinz Preußen mit 538,600 Mark. Durch Zahlung realisirt wurden Hypotheken im Betrage von 6,772,951 Mark, so daß der Hypotheken-Besitz der Bank sich von 22,219,447 Mark auf 28 993 399 Mark gesteigert hat. Einen Verlust hat die Bank im Jahre 1875 nicht erlitten, eben so wenig ist sie genöthigt gewesen, ein Grundstück übernehmen zu müssen. Die disponiblen Kassen-Bestände (am 31. Dezember 307,043 Mark) sind durch Diskontirung von Wechseln erster Firmen nutzbar gemacht und ist bei dem günstigen Diskontsatz des verflossenen Jahres eine gute Verzinsung erzielt worden. Bei der Nothwendigkeit, zu jeder Zeit hinreichende Geldmittel verfügbar zu halten, sind die Effekten gegen das Vorjahr nur um den mäßigen Betrag von 188 102 M. 90 Pf. vermehrt worden; diese Effekten machen zusammen 471,118 M. aus und bestehen aus Nominal 96,000 M. landschaftliche Pfandbriefe, 271,000 M. oberschlesische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen, 26,000 M. niederschlesische 3½pzt Zweigbahn-Prioritäten, 8,700 M. bergisch-märkische 3½pzt. C.-Prioritäten, 105 000 M. sächsische 4pzt. Staatsanleihe. Das Lombardgeschäft hat nur einen Ertrag von 26,668 M. 46 Pf gewährt, da statutenmäßig außer den eigenen Pfandbriefen nur solche Effekten beliehen werden dürfen, welche auch die Reichsbank lombardirt. Die Kreditoren (41,259 M.) sind im Wesentlichen die Agenten der Gesellschaft, mit denen erst am Schlusse des Geschäftsjahres abgerechnet wird. Sehr erfreulich hat sich der Verkehr in den eigenen Werthzeichen entwickelt. Während 1874 nur 7 237,800 M. derselben begeben wurden, stieg im laufenden Jahre dieser Betrag nicht nur auf 8,624,400 M., sondern es war auch am Schlusse des Jahres ein weiterer Betrag von einer Million fest begeben worden. Dieses Resultat ist den sehr geringen Coursschwankungen zuzuschreiben, welchen schlesische Bodenkredit-Pfandbriefe im verflossenen Jahre unterworfen gewesen sind. Der Verlauf des Januartermins, in welchem große Posten abgegeben sind, hat die Hoffnung auf eine stetige Erhöhung des Absatzes nur bestätigt.

** **Preußische Hagel-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.** Nach dem Beschlusse des Verwaltungsraths zahlt die preußische Hagel-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, auch für das Geschäftsjahr 1875 wieder 13 pCt. Dividende und erhöht ihren Reservefond um 100,000 Mark.

** **Gotthardbahn.** Aus Bern wird einigen schweizer Blättern geschrieben, man fasse in offiziellen Kreisen den Gedanken ernsthaft ins Auge, England zum Beitritt zur internationalen Gotthardkonferenz einzuladen, und gebe sich der Hoffnung hin, daß England dieser Einladung Folge leisten werde. Dabei zähle man einerseits auf das eminente Interesse, welches die Gotthardbahn für England in Folge der Stellung, die dieses sich zum Suezkanal geschaffen, erlangt habe; andererseits setze man voraus, daß England, seit es überhaupt wieder ausländische Politik treibe, es auch in seinem Interesse finden werde, die Integrität der Schweiz nach allen Richtungen zu wahren und bei einem Unternehmen sich mitbetheiligt zu wissen, das in eminenter Weise gerade England zu Nutzen komme.

Vermischtes.

* **Freiherr von Jokai.** Aus Pest wird unterm 20. d. M. berichtet, daß der bekannte ungarische Romancier und Reichstags Abgeordnete Maurus Jokai „wegen seiner Verdienste um die Entwickelung der ungarischen Literatur", vom Kaiser zum Ritter des St. Stephans-Ordens ernannt worden ist. Mit diesem Orden ist bekanntlich die Baronie verbunden. Man kann neugierig darauf sein, wie sich der demokratische Abgeordnete der budapester Theresienstadt als Freiherr von Jokai ausnehmen werde.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 25. Febr. Das Abgeordnetenhaus erledigte die zweite Lesung der übrigen Positionen des Etats für das Ministerium des Innern, die unverkürzt bewilligt wurden, sowie den Etat des Handelsministeriums. Die Positionen über die Bau- und die Gewerbe-Akademie, die polytechnischen und Gewerbeschulen wurden zu weiteren Vorprüfung der Budget-Kommission überwiesen. Morgen findet die erste Lesung der General-Synodalordnung statt.

München, 25. Februar. Im Abgeordnetenhause beantwortete Minister Pfretzschner die Freitagsche Interpellation betreffend den Uebergang der Eisenbahnen an das Reich, sehr ausführlich und erklärte, die baierische Regierung werde für die baierischen Bahnen den Reservatstandpunkt wahren, sie denke nicht an die Abtretung derselben an das Reich und werde auch der Zentralisirung der nichtbaierischen Bahnen auf dem durch die Reichsverfassung gestatteten Wege entgegentreten. Im Weiteren gab der Minister folgende Erklärung ab: Für den Standpunkt der Regierung sei zunächst das Reservatrecht maßgebend

(Fortsetzung in der Beilage.)

welches jede unmittelbare Berührung Baierns durch das schwebende Projekt von vornherein ausschließt. Dabei habe jedoch die Regierung mit Rücksicht auf die Stellung, welche Baiern als Bundesglied, abgesehen von dem Reservatstandpunkt einnimmt, sich die weitgehenden Bedenken nicht verhehlen können, die dies Projekt, insoweit der Erwerb außerbaierischer Eisenbahnen durch das Reich in Frage kommt, für die Gesammtheit der verbündeten Staaten haben müsse. Die Regierung könnte sich der Besorgniß nicht erwehren, daß auf diesem Wege die Möglichkeit zu fühlbaren Veränderungen derjenigen Grundlage geschaffen werden könnte, auf welcher die gegenseitige Stellung der Gesammtheit des Reiches und seiner Glieder beruht. Von dieser allgemeinen Erwägung ausgehend, habe die Regierung nicht unterlassen, in bundesfreundlicher Form auf gesandtschaftlichem Wege ihre ernsten Bedenken in ausführlicher Darlegung zum Ausdruck zu bringen. — Demnächst folgte die Präsidentenwahl. Der bisherige Präsident Ow und der Vizepräsident Kurz wurden mit 78 gegen 73 Stimmen wiedergewählt. Beide nahmen die Wahl an.

Eingesandt.

In Betreff der Betriebsstörungen, die auf der Strecke der Posen-Kreuzburger Bahn zwischen Schroda und der Station Falkstädt in Folge der Ueberfluthung des Fahrdammes in der Nähe von Sulencin eingetreten sind und welche den Einsturz der über das Miloslawer Fließ führenden Brücke zur Folge gehabt, wird uns aus dem Kreise Schroda mitgetheilt, daß die Adjazenten, soweit deren Fluren den Wartheüberschwemmungen nicht ausgesetzt sind, sowohl die Baudirektion, wie den Landrath und die königl. Regierung vor Feststellung der Linie zu überzeugen sich bemüht haben, daß die Anlegung einer Haltestelle in Sulencin nicht zweckmäßig sei, weil das ganze sie umgehende Terrain und die anliegenden Ortschaften wiederkehrend unter der Ueberfluthung der Warthe zu leiden haben und die Haltestelle Sulencin alsdann nur zu Kohlen zu errichten sein würde. Auf diese neuen, als berechtigt erscheinenden Remonstrationen ist nicht gerücksichtigt worden; wäre dies geschehen, dann hätte der Fahrdamm eine höhere Lage und die eingestürzte Brücke eine höher reichende Oeffnung erhalten müssen und die Folgen der Ueberschwemmung würden weniger nachtheilig sich gestaltet haben. Eine wesentliche Erhöhung des Fahrdammes und eine geeignetere Konstruirung der Brücke und eine Verlegung der Haltestelle Sulencin dürfte unvermeidlich sein.

X.

Die Korrespondenz aus Gnesen in der Nr. 130 dieser Zeitung ergeht sich über die Beschaffenheit des Feuerlöschwesens in Gnesen in einer Weise, welche leicht die Annahme zuläßt, als befände selbige sich in schlechter Ordnung. Dieser Auffassung muß begegnet werden. Denn abgesehen davon, daß durch die Feuerlöschordnung die Thätigkeit der Bürger in Anspruch genommen wird, so steht nach einem Uebereinkommen mit der Militairbehörde bei jedem Feuer ein Kommando von 40 Mann zur sofortigen Verfügung des, das Löschwesen leitenden Beamten, welches auf Erfordern nach Bedürfniß verstärkt wird. Die Erfahrung hat gezeigt, daß nach höchstens 15 Minuten seit Wahrnehmung des Feuers dies Militair-Kommando stets auf der Brandstelle erscheint. Schnellere Hilfe ist aber undenkbar, wo keine stehende Feuerwehr nach Art der Berliner besteht; diese für Gnesen einzuführen, würde dem Etat und dem Bedürfnisse widersprechen.

Die umsichtige und thätige Betheiligung des Militairs am Feuer hat sich als höchst erfolgreich und ausreichend erwiesen und übertrifft jedenfalls die Leistungen einer freiwilligen Feuerwehr, welche von jedem anderen als dem Korrespondenten bisher hier auch nie vermißt wurde.

Gnesen, 22. Februar 1876.

Der Magistrat.
Machatius.

Metall-Buchstaben
liefert sauber und billig
Posen, Breslauerstr. 38. **H. Klug.**

Vakante Lehrerstelle.

An der zu Abgangsprüfungen berechtigten höheren Bürgerschule hierselbst kommt zu Ostern d. J. die 5. ordentliche Lehrerstelle zur Erledigung.

Gehalt 1800 Mark

Qualifizirte Bewerber, welche sich im Besitze der facultas docendi für Geschichte, Geographie und, wenn möglich, auch deutsche Sprache befinden, wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse baldmöglichst bei uns melden.

Eilenburg, den 23. Febr. 1876.

Der Magistrat.

Oeffentl. Aufforderung.

In der Ermittelungssache D. 222/76 ist ein Koffer, mit grauem Drillich bezogen und mit Eisenbändern beschlagen, in welchem sich ein dem Schüler A. Schulz I. gehöriges Schreibeheft befand, in Beschlag genommen. Der Eigenthümer des Koffers wird aufgefordert, sich zu melden.

Posen, den 18. Februar 1876.

Der Staats-Anwalt.

Bekanntmachung.

300 Mark Belohnung.

Am 4. März 1875 früh ist auf der Chaussee zwischen Kurnik und Gondek der Knecht Jacob Dzierzewicz aus Miloslaw besinnungslos gefunden worden. Er hatte am 3. März v. J. Vormittags Miloslaw gesund verlassen, um sich nach Posen zu einem am 4. März v. J. dort anstehenden Termine zu begeben. Dzierzewicz hatte einen Schädelbruch, an dem er auch bald starb.

Für die Ermittelung der Urheber des an dem Dzierzewicz anscheinend verübten Verbrechens ist eine Belohnung von 300 Mark von der Königl. Regierung ausgesetzt. Betreffende Anzeigen sind an uns oder die Königliche Staatsanwaltschaft in Kosten, oder die nächste Polizeibehörde zu richten.

Schrimm, den 14. Februar 1876.

Königliches Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung
für Kriminalsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Kreise Schroda in der Ortschaft **Stanißzewo** unter Nr. 10 belegene, im Hypothekenbuche der genannten Ortschaft Vol. 66 Pag. 849 seqq. eingetragenen, den **Jwan** und **Marie Matezynski**'schen Eheleuten gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen der Genannten berichtigt steht, und welches mit einem Flächeninhalte von 77 Hektaren 15 Aren der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 288,68 Thlr., und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 225 Mark veranlagt ist, sollen im Wege der **nothwendigen Subhastation**

den 26. April d. J.
Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale des unterzeichneten Königlichen Kreis-Gerichts versteigert werden.

Schroda, den 5. Februar 1876.

Königl. Kreis-Gericht.
Der Subhastations-Richter.

Bekanntmachung.

Die vierte Lehrerstelle an der hiesigen katholischen Schule, verbunden mit 540 Mark Gehalt, 90 Mark Staatszuschuß, 75 Mark zu Brennholz und freier Wohnung, wird zum 1. Mai d. J. vakant. Bewerber wollen ihre Meldungen nebst Zeugnissen bis zum 1. April d. J. einsenden.

Wreschen, den 16. Februar 1876.

Der katholische Schulvorstand.

Ein frequent. Grundstück

mit Schank und Restauration, welches in Gnesen am Pferdemarkt steht, ist aus freier Hand zu verkaufen. Näheres zu erfragen bei

H. Hirschberg
in **Gnesen.**

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt **Rogasen** unter **Nr. 257** belegene, im Grundbuche von Rogasen Band 6 Seite 102 seqq. eingetragene, dem Kaufmann Emil Petrich in Rogasen gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen desselben berichtigt steht und welches mit einem Flächen-Inhalte von 49 Aren der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 3 Mark 45 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 402 Mark veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhastation

am 27. März d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des Kreis-Gerichts Rogasen versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenschein von dem Grundstücke und alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau III des unterzeichneten Königlichen Kreis-Gerichts Rogasen während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 29. März d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

im Geschäftslokale des unterzeichneten Gerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Rogasen, den 9. Febr. 1876.

Königliches Kreis-Gericht.
Der Subhastationsrichter.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung der hiesigen Königlichen Regierung werden wir eine zum evangelischen Kirchhofe auf der Halbdorfstraße gehörige Bauparzelle von 180 Fuß Straßenfront und 120 Fuß Tiefe entweder im Ganzen oder in drei einzelnen Bauplätzen von je 60 Fuß Straßenfront und 120 Fuß Tiefe, in dem

auf den 23. März d. J.,
Nachmittags 4 Uhr,

im Lokale des alten Schulgebäudes, Graben Nr. 1, anberaumten Termine öffentlich meistbietend versteigern.

Die Kaufbedingungen liegen in der Amtswohnung des Herrn Superintendenten Klette zur Einsicht aus.

Posen, den 30. Januar 1876.

Der Kirchenrath und Vertretung der hiesigen evangelischen Kreuzkirchen-Gemeinde.

Thierarzt-Gesuch.

Ein tüchtiger, approbirter Thierarzt würde in **Pinne** mit guter Umgegend einen lohnenden Wirkungskreis finden. Nähere Auskunft ertheilen die Herren Sanitäts-Rath **Dr. Dames** und Bürgermeister **Szablikowski** daselbst.

Auf dem Mühlengut **Promno** bei Pudewitz sind gegen 200 Centner **Heu** zu verkaufen. Preis nach Uebereinkommen.

Konkurs-Eröffnung

im abgekürzten Verfahren.

Königl. Kreisgericht zu Posen,
den 22. Febr. 1876, Mittags 12 Uhr.

Ueber das Vermögen der Kauffrau **Zofia Szlagowska** geb. Stoinska in Firma **Z. Szlagowska** zu **Posen** ist der kaufmännische Konkurs im abgekürzten Verfahren eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 22. Februar 1876 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann **C. J. Cleinow** zu Posen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 16. März c.,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar des Konkurses im Gerichtszimmer Nr. XI. anberaumten Termine ihre Erklärungen über ihre Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

13. März c. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken bis zum obgedachten Tage nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

26. März c. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämmtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen

auf den 5. April c.,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar des Konkurses im Gerichtszimmer Nr. XI. zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechts-Anwälte **Mehring, Mützel** und **v. Jazdzewski** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Gerichtlicher Ausverkauf!

Das zur Concursmasse **A. Kunkel jun.** gehörige Waarenlager, bestehend aus

Colonialwaaren, Cigarren,
Wein und Delicatessen

wird im Geschäftslokale **Wasserstraße 31** (Ecke der Jesuitenstraße) **vom 16. d. M. ab,** täglich von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr, zu herabgesetzten Preisen ausverkauft. Insbesondere werden die großen Bestände feiner

Ungar-, Bordeaux-, Champagner und Rheinweine en gros et en detail

zum Verkauf gestellt und die Weinstuben wie bisher für Gäste offen gehalten.

Der gerichtliche Massenverwalter
Ludwig Manheimer.

Ein Rittergut

in der Provinz Posen, 1 Meile von der Kreuzburg-Posener Bahn, 2468 Morgen, darunter gegen 200 Morgen Wiesen und Wald, mit Brennerei und vollständigem todten und lebenden Inventarium, soll baldigst verkauft werden. Hypotheken 48,500 Thlr. Landschaft. Anzahlung 30,000 Thlr., fester Preis pro Morgen 45 Thlr. Nähere Auskunft unter **B. G. postlagernd Krotoschin.**

Meine in der **Oderstraße** gelegene

Seifen-Siederei

ist unter sehr günstigen Bedingungen preismäßig **zu verkaufen.**

Ohlau, den 10. Febr. 1876.

Preussner.

Ein Selbstkäufer

sucht zum sofortigen Ankauf bei beliebiger Anzahlung eine gut gelegene Herrschaft von 10—15000 Morgen Areal mit hochherrschaftlichem Schloß. Gef. Offerten werden unter Chiffre **Grf. v. St. Posen Mylius Hôtel, restante,** schleunigst erbeten.

Mühlenguts-Verkauf.

Ein Mühlengrundstück, bestehend in einer Mahl- und Schneidemühle nach neuester Konstruktion gebaut, steter Wasserkraft, eingeführtem Holzgeschäft, ca. 400 Morgen gutem Boden incl. 60 Morgen zweischnittiger Berieselungs-Wiesen, bestens arrondirt, komplettem, lebendem und todtem Inventarium, guten geräumigen Wohn- und Wirthschaftsgebäuden, soll erbtheilungshalber günstig verkauft werden. Näheres zu erfragen bei **H. Caro,** Kl. Gerberstraße 7 a.

Geschäfts-Verkauf.

Ein seit 45 Jahren betriebenes **Colonial- Eisen-, Leder-, Schnitt-** und **Kurzwaaren-Geschäft,** verbunden mit Gastwirthschaft, in der Uckermark, 4 Stunden von Berlin, mit jährlichem Umsatz von 50—60 Mille Mark, will der jetzige Inhaber verkaufen. Das Wohnhaus ist neu gebaut. Zur Uebernahme sind 30—35 Mille Mark erforderlich. Hypotheken fest. Adr. sub **Q. 825** befördert das **Central-Annoncen-Bureau,** Berlin W., Mohrenstraße 45.

Verkauf eines Ledergeschäfts und Wohnhauses.

Mein Wohnhaus und das seit 22 Jahren von mir betriebene Ledergeschäft bin ich Willens aus freier Hand sofort zu verkaufen. Reflektanten wollen sich an meine Adresse wenden.

Gustav Krohn,
Lederhandlung, **Danzig.**

Im Pädagogium zu Lichterfelde

bei Berlin (Anhalter Bahnstation), welches seine Schüler mit der wissenschaftlichen Qualifikation zum einjährigen Militärdienst entläßt und welches jetzt 40 Schüler in 7 Klassen hat, können noch zehn Zöglinge Aufnahme finden. Prospekte durch die Güte der Herren Direktoren Prof. Dr. Bonnell, Prof. Dr. Runge, Proreктor Dr. Strack in Berlin und durch den unterzeichneten Vorsteher der Anstalt

Lichterfelde bei Berlin, im Febr. 1876.

Dr. Peter.

Zu verkaufen

bei herabgesetzten Preisen sind Ahorn- und Obstbäume in Bartholdshof bei

D. Barthold.

Gutskaufgesuch.

Ich beabsichtige mich im Herzogthum anzukaufen und suche ein Gut mittlerer Größe, mit logeablem Wohnhaus, unweit der Bahn, in guter Gegend, bei ca. 30,000 Thlr. baarer Anzahlung. Möglichst specielle Offerten erbitte mir direct. Vermittler ausgeschlossen.

Langenweddingen, (Berlin-Braunschweiger Bahn)

Hedo von Wedell,
Domainen-Pächter.

Silesia, Verein chemischer Fabriken

zu Ida- und Marienhütte bei Saarau

offerirt **unter Gehaltsgarantie** ihre **Düngerpräparate: Superphosphate** aus **Spodium, Mejillones-,** resp. **Baker-Guano, Ammoniak-** und **Kali-Superphosphate, Kartoffeldünger, Knochenmehl, gedämpft** oder **präparirt** 2c. Ferner: **Chilisalpeter, Kalisalze, Peru-Guano, Ammoniak** 2c — **Proben** und **Preiscourante** auf Verlangen franco.

Bezugnehmend auf vorstehende Bekanntmachung erlaube ich mir zu bemerken, daß ich ebenfalls Aufträge zu Fabrikpreisen übernehme und prompt ausführe.

Herrmann Mirels in Wreschen.

Silesia,

Stowarzyszenie chemicznych fabryk w Ida- i Marienhütte pod Saarau,

poleca **pod gwarancyą zasobności** swoje **preparaty nawozowe: kwaśne fosforany** (superfosfat) ze **spodyum, mejillones-** resp. **bakerskiego guana, amoniakalne i potażowe fosforany kwaśne** (superfosfaty), **nawóz** pod **kartofle, mąkę kostną, parowaną** lub **preparowaną** i t. d. Dalej także: **saletrę chilijską, sole potażowe, peruwiańskie guano, amoniją** i t. d. **Próby i cenniki** na żądanie franko.

Powołując się na powyższe ogłoszenie, pozwalam sobie zauważać, że i ja zlecenia po cenach fabrycznych przyjmuję i punktualnie wykonywam.

Herrmann Mirels w Wrześni.

Oeffentliche Handels-Lehranstalt

der Dresdner Kaufmannschaft (Ostra-Allee 5.)

Am 20. April beginnt ein **neues** (das 22.) **Schuljahr.** — Das Reifezeugniß gewährt die **Berechtigung zum einjährig Freiwilligendienst** im deutschen Heere. — Nähere Auskunft ertheilt der Unterzeichnete und **Prospecte** sind von ihm zu beziehen.

Dresden, im Januar 1876.

Dr. Albert Benser, Director.

Bestes prima Petroleum

27 Liter für 2 Thlr. bei

Adolph Asch, Markt 82.

Preßhefe,

täglich frisch, empfiehlt und versendet in anerkannt bester Qualität von 3 Pfd. ab zu 30 Pfennige a Pfund ab hier. Bei Entnahme von mindestens täglich 50 Pfd. franco Bahnzusendung bis zur 3. Zone.

Fachausstellung I. Preis.

Diese Hefe wurde auf hiesiger Fachausstellung mit dem **1. Preis prämiirt.**

Die Haupt-Preßhefenfabrik von
C. Vogt
Berlin S. O, **Waldemarstr. 42.**

Fachausstellung I. Preis.

Ein in Wongrowitz belegenes einstöckiges Haus, in frequentestem Stadttheil, zu jedem beliebigen Geschäfte passend, ist unter **sehr** günstigen Bedingungen zu verpachten event. zu verkaufen. Näheres daselbst beim Wirth **Rossek**.

Damen, die in Verschwiegenheit entbinden wollen, finden liebevolle **Aufnahme und Pflege, sowie Rath u. Hilfe** in allen diskreten Angelegenheiten.
Frau Stubbe, Berlin, Frobenstr. 31, 1 Tr. Eing. u. d. Ecke.

Gute Rieselwiesen geben 40 Ztr. Heu per Mg. u. im Herbst eine Nachweide. Solche Anlagen ½, bei günstiger Bodenform ¾ billiger zu machen, wie a. übernimmt Wiesenbauer **Meyer**,
Berlin, S.-O. Oranienstr. 190 II.

Das **Comptoir** von
H. Cegielski
befindet sich, während der Ueberschwemmung der Fabrik, Ziegenstr. 10 im Cegielski-schen Hause.

Central-Station für Saat-Kartoffeln.
Friedrich v. Gröling,
Gutsbesitzer
Lindenberg, Berlin NO.
158 hervorragende Kartoffelsorten, worunter **40 allerneueste u. neuere Züchtungen. Reich illustrirte** Verzeichnisse **mit Beschreibung der Sorten** auf Wunsch **gratis** u. **franco**. Wiederverkäufern Rabatt.

---

30 Wspl. vorzügliche Dabersche Speise-Kartoffeln und 20 Wspl. Zwiebel-Kartoffeln sind zu vrrkaufen beim Gutsbesitzer
Schulze, Duszník.

Dominium **Gowarzewo** bei Schwersenz offerirt 1000 Scheffel gute **Dabersche Kartoffeln**. Ablieferg. ev. Bahnhof Gondeck.

Dom. Konary bei Görchen (Pr. Posen) verkauft wegen Verringerung der Schafheerde ca. 250 Stück junge, zur Zucht taugliche **Muttern**, Rambouillet-Kreuzung.
Abnahme am 1. Juli cr. Besichtigung kann sof. erfolgen.

Auf Dom. **Włoszanowo** bei Janowitz stehen
8 fette Stiere
zum Verkauf.

Ein kleiner Affenpinscher wird gekauft Gr. Ritterstr. 7, Thür 5, 1. Etage rechts.

Ausverkauf!
Wegen Aufgabe meines Geschäfts verkaufe ich **Juwelen, Gold- und Silbergegenstände, Uhren,** sowie alle in dieses Fach schlagende Artikel zum Selbstkostenpreise.
D. Gall,
Markt 97.

Für Damen!
Panzer-Corsettes
a Stück 3 Mark empfiehlt
Wilh. Neuländer,
Markt 60, Ecke der Breslauerstraße.

Teppiche, Tischdecken, Gardinen, Läufer, Möbel- u. Portièrenstoffe
empfiehlt in guter Waare und großer Auswahl.
F. W. Mewes,
Markt 56.

Eine leistungsfähige rhein. Weinhandlung, welche ihren Absatz hauptsächlich bei Wiederverkäufern sucht, wünscht für die Provinz Posen einen thätigen **Agenten.**
Gef. Offerten unter **O. A. 42** Exped. d. Ztg.

Sicherheits-Rolljalousien
aus Stahlblech u. Holz,
Zugjalousien etc. empfiehlt
Norddeutsche Jalousienfabrik Kommanditgesellschaft
L. Potthoff & Co.,
Berlin N.-W., Dorotheenstr. 44.

Königsberger Pferde-Lotterie.
Ziehung am 31. Mai 1876.
5 Hauptgewinne, bestehend in fünf completen Equipagen,
30 " " " Luxus- u. Gebr.-Pferden,
30 " " " 2- und einspännigen eleganten Geschirren, Sattelzeugen, Reitsättel 2c.
Loose à 3 Rmrk. sind in der Expedition der Posener Zeitung zu haben.

Frankfurter Pferdemarkt
am 27., 28. u. 29. März 1876.
Verloosung am 29. März von 61 der schönsten Reit- und Wagenpferde, 10 vollständigen vier-, zwei- und einspännigen **Equipagen** nebst completten Geschirren, sowie sonstigen Reit- und Fahrrequisiten im Werthe von ca. Mark 120,000 (H. 525.)
Loose zu beziehen a **3 Mark** durch das
Secretariat d. landw. Vereins, Frankfurt a. M.

WEGEBREIT-
Siebe empfiehlt **Wunsch**, Wilhelmsstraße 21, **Mylius Hotel.**

Piassava-Kardätschen
für Rindvieh a 55 Pf., **Piassava-Besen** und Schrubber a 60 Pf. bis 1,25 Mk. für Haus und Hof (Borsten Ruthen und anderen Fabrikaten bei Weitem vorzuziehen) offerirt
R. Lesser,
Schwersenz.

Ausverkauf.
Ich verkaufe von heute ab mein Lager von **Haus- und Küchengeräthe** zu
bedeutend ermäßigten
Preisen, um möglichst schnell damit zu räumen, da mein Magazin Ende März d. J. in mein Grundstück
Neuestr. 4
verlege.
Moritz Brandt,
Markt 55.

Ein hochelegantes Coupé noch so gut wie neu, und ein eleganter, vorzüglich erhaltener, halbverdeckter Wagen zu verkaufen. Näheres bei
R. Garfey,
Breslauerstr. 4.



Karl Baschin
Berlin,
Spandauerstr. 27,
empfiehlt seinen von ärztlichen Autoritäten anerkannten
Leberthran in ganz frischer Sendung.
Zu beziehen in **Posen** von den Herren Apoth. **J. Jagielski, Adolph Asch** und Apoth. **R. Kirschstein**, in **Kempen** von Herrn **L. Saft** oder direct von **Karl Baschin.**
NB. Nur mit meinem Einwickelpapier und den drei Original-Etiquettes versehene Flaschen sind echt.

Besten Schuttzucker, a Pfd. 4½ Sgr., bei Abnahme von 10 Pfd. a 4¼ Sgr., Raffinade in Broden 4½ Sgr., besten Dampf-Kaffee, a Pfd. 16 Sgr., feinste Tafelbutter, 10 Sgr. pro Pfd., Petroleum, a Liter 2½ Sgr., offerirt
W. Moses, Breitestraße 23.

Posn. Porter,
100 Fl. excl. Glas 15 Mark, empfiehlt in vorzüglicher Qualität
Gustav Wolff, Breitestr. 12.

Pflaumenmus 2 Sgr., Ctr. 5 Thlr., fr. Stücken-Butter, 10 Sgr. das Pfd., empfiehlt
Michaelis Reich,
Wronker- u. Krämerstr.-Ecke 91.

Friedrichsstraße 20
ist eine elegante Wohnung im 3. Stock vom 1. April c. abzugeben.

Oesterr. 39er Serien-Loose.
Prämienziehung am 1. März cr.
Hauptgewinn: 560,000, 120,000, 60,000, 40,000, 30,000, 20,000, 16,000, 12,000, 2 × 10,000, 3 × 6000, 4 × 5000, 4 × 4000, 8 × 3000, 8 × 2400, 10 × 2200, 11 × 2000. pp. gebe, z. Vereinf. gleich unter Anrechnung des sich. Gewin. v. 1000 Mk., in folgend. Theilen ab:

1/10	1/20	1/40	1/80	1/160	1/320	
für 100	50	25	12½	6¼	3⅛	Thl.

Max Meyer, Bank- und Wechselgeschäft, Berlin, Friedrichstr. Nr. 204.

Ein möbl. Parterrezimmer sofort zu vermiethen Gerberdamm Nr. 1 bei
A. Krzyżanowski.

Friedrichsstraße 20,
2 Läden mit und ohne Wohnung, für jedes Geschäft geeignet, und eine trockene Kellerwohnung sofort abzugeben.

Ein Laden
ist zum 1. April zu vermiethen Wasserstraße Nr. 7.

Ein möbl. Zimmer zu vermiethen Neustädtischen Markt Nr. 9.

Ein fein möbl. Zimmer ist zu verm. Gr. Gerberstr.- und Büttelstr.-Ecke Nr. 18, 1 Tr.

Berlinerstr. 10, 2 Treppen links, ein elegant möbl. Zimmer zum 1. März zu verm.

Wohnungen
miethet und vermiethet
M. Braun,
Kommissionairin, Wilhelmsstr. 17, im Hofe, parterre
Zu vergebende große und kleine Wohnungen bitte mir baldigst anzugeben.

Ein großes stattliches Geschäftslocal in bester Gegend,
in welchem seit 35 Jahren ein Manufactur- und Pelzwaaren-Geschäft mit gutem Erfolg betrieben worden, ist Umzugs halber nebst
Ladeneinrichtung
und Wohnung vom 1. October d. J. zu vermiethen. Näheres bei
Simon Leiser in **Thorn.**

Ich suche eine **Lehrerin**, welche geneigt ist, in der Zeit vom 1. Mai bis 1. November d. J. in meiner Familie auf dem Lande zwei Kinder von etwa 8 und 6 Jahren zu unterrichten.
Posen, den 25. Februar 1876.
Staudy,
Königlicher Polizei-Präsident.

Einen praktischen, ausweislich tücht.
Wirthschafts-Inspektor,
Gehalt nach Uebereinkunft, sucht für den 1. April cr. zum Antritt
Kühn, Dembe bei Czarnikau.

Das Dominium **Charcic** bei Zirke sucht zum 1. April d. J. einen
tüchtigen Gärtner.
(300 Mark Gehalt und freie Station). Zeugnisse sind sofort einzusenden.

Tüchtige **Rockschneider** finden sofort Beschäftigung bei **M. Graupé,**
Wilhelmspl. 17.

Mühlenstr. 4, eine Treppe hoch, ist eine kleine Wohnung mit mehreren Räumlichkeiten an einfache ordentliche Leute für 50 Thlr. zu verm.

Junge Mädchen
aus anständiger Familie, welche Putz zu erlernen wünschen, werden angenommen bei
Adelheid Kickbusch,
Wasserstr. 7.

Einen Lehrling
sucht **Isidor Appel.**

Die Stelle des **1. Expedienten** in meinem Detail-Geschäft ist vacant.
Hartwig Kantorowicz.

Ein Buchhalter
mit der doppelten italienischen Buchführung vertraut, wird per 1. April c gesucht. Offerten unter **D. D.** in der Exped. d. Ztg. abzugeben.

Ein Reisender,
der für Colonial- oder Papier-Waaren bereits gereist hat und sich über seine Leistungen ausweisen kann, wird unter vortheilhaften Bedingungen per 1. April verlangt. Offerten unter **J. E. 2351** beförd. **Rudolf Mosse, Berlin** SW.

Ich suche zum **sofortigen** Antritt einen **Lehrling** mos. Konfession unter **günstigen** Bedingungen.
D. Kempner,
Wein-, Colonial-Waaren- u. Cigarren-Handlung
in **Grätz**, Provinz Posen.

Ein erfahrener Mahl- und Schneidemüller, auch Maschinist, im Baufach erfahren, in gesetztem Alter, verheirathet, sucht Stellung als Werkführer oder auf Deputat oder Pachten sogleich oder zu Johanni. Derselbe besitzt gute Atteste, ist auch kautionsfähig. Adr. abzugeben beim Eigenthümer H. Kannengießer zu Gurkow, N.-M.

Ein größeres Dominium im Kreise Kosten sucht für den 1. Juli einen deutschen unverheiratheten
Wirthschafts-Inspektor,
der beide Landessprachen spricht und gute Empfehlungen hat. Meldungen nebst Abschrift der Zeugnisse unter **A. D. 100** nimmt die Exped. der Posener Ztg. entgegen.

Eine Dame,
mit der dopp. Buchführ. vertraut, sucht z. 1. April Stell. Gefl. Off. werden unter **A. M.** postl. Rawitsch erbeten

---

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 27. Febr., Vormittags 10 Uhr: Herr Superintendent Klette. — Nachmittags 2 Uhr: Herr Pastor Zehn.
Freitag den 3. März, Abends 6 Uhr, 1. Passions-Gottesdienst: Herr Pastor Zehn.

Petrikirche. Sonntag den 27. Febr., früh 10 Uhr, Predigt: Herr Konsist.-Rath Dr. Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Diakonus Witting.

St. Paulikirche. Sonntag den 27. Februar, Vormitt. 9 Uhr, Abendmahlsfeier: Herr Konsistorial-Rath Reichard. — 10 Uhr Predigt: Herr Pastor Schlecht. — Abends 6 Uhr: Herr Konsistorial-Rath Reichard.
Freitag den 3. März, Abends 6 Uhr, 1. Passions-Gottesdienst: Herr Konsist.-Rath Reichard.

Garnisonkirche. Sonntag den 27. Febuar, Vormitt. 10 Uhr: Herr Konsist.-Rath Militair-Oberpfarrer Haendler. — Abends 5 Uhr Passions-Gottesdienst in der Sacristei: Herr Konsist.-Rath Militair-Oberpfarrer Haendler.

Ev.-luth. Gemeinde. Mittwoch den 1. März, Abends 7 Uhr: Passionspredigt: Herr Superintendent Kleinwächter.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 18 bis 24. Februar:
getauft: 7 männl., 8 weibl. Pers.
gestorb: 10 männl., 6 weibl. Pers.
getraut: 1 Paar.

Im Tempel der israelitischen Brüdergemeinde.
Sonnabend den 26. Februar, Vorm. 9¾ Uhr: Gottesdienst und Predigt.

☐ M. 1. III. fällt aus wegen der Ueberschwemmung. ☐.

Familien-Nachrichten.
Die Beerdigung unseres lieben Vaters findet Sonntag Nachmittag vom Trauerhause Schifferstr. 20 aus statt.
Geschwister **Szymański.**

Heute früh 3 Uhr endete ein sanfter Tod die schweren Leiden unseres geliebten Gatten, Vaters und Großvaters, des pensionirten Armee-Gensdarmen
Benjamin Harn
im 76. Lebensjahre.
Theilnehmenden Freunden und Bekannten diese traurige Nachricht.
Grätz, den 24. Februar 1876.
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Am 23. d. Mts. verschied der Rittergutsbesitzer, Ritter des Rothen Adler-Ordens,
Herr Burchardt auf Raduchow,
Kreis Adelnau. Seit einer langen Reihe von Jahren dem Kreise angehörig, hat der Verstorbene als Mitglied des Kreistages und verschiedener kreisständischer Kommissionen der Verwaltung des Kreises allezeit ein reges und förderndes Interesse gewidmet. Sein edles, ehrenhaftes Denken und Handeln wird in den Herzen Aller, die ihm näher standen, unvergessen bleiben.
Ostrowo, den 25. Februar 1876.
von Dallwitz,
Landrath.

Am 18. d. M. starb nach kurzem Krankenlager im Alter von 64 Jahren an Lungenentzündung mein guter Mann Pastor **Petersen**. Seinen Freunden im Großherzogthum zeige ich dies hierdurch tiefbetrübt an.
Alkessum auf Insel Föhr,
den 21. Februar 1876.
Die verwittwete Past. **Petersen,**
geb. Schoenborn.

Auswärtige Familien-Nachrichten.
Verlobt. Frl. Pauline Rosenberg mit Hrn. Albert Blum in Berlin. Frl. Bertha Friedemann mit Hrn. D. Arndt in Berlin. Frl. Ida Janda mit Hrn. Rudolph Neumann in Manze bei Bohrau und Strehlen. Frl. Clara Leweck mit Hrn. Fritz Zielinski in Rastenburg.
Verehelicht. Premier-Lieutenant Schneider mit Frl. Ottilie Mielck in Bremen. Hr. Carl Hübner mit Frl. Marie Ergmann in Heidewilxen. Hr. Ingenieur Paul Vosen mit Frl. Agnes Heinrigs in Opladen u. Auf Rheinhelden bei Remagen.
Geboren. Ein Sohn: Hauptm. Barthelemy in Stettin. Landrath H. Frhr. v. Zedlitz-Leipe in Roth-Kirschdorf. Hauptmann a. D. Max von Boddien in Plauen. Hrn. Ludwig Brehm in Berlin. Hrn. von Borch in Liegnitz. Kreisgerichtsrath Richard Göritz in Rössel. — Eine Tochter: Hrn. C. Mertens in Berlin. Prakt. Arzt Dr. J. Ludwig in Brieg. Hrn. Gutsbesitzer W. von Behr in Rethem a. d. A.
Gestorben. Gutsbesitzer Friedr. Schorlemmer in Wickede. Ritimeister und Rittergutsbesitzer Georg Graf v. Blanckenstein in Bucsa in Ungarn. Stabsarzt a. D. Dr. August Nachtweyh in Neustadt-Ew. Oberförster Koerner Sohn Johannes in Rehhorst. Brauereibesitzer Wilhelm Braun in Potsdam. Partikulier M. Kleimann in Berlin. Frau Emilie Linde, geb. Krone in Berlin. Frl. Clara Steinicke in Berlin. Frau Soohie Harbordt geb. Hamann in Berlin. Frau Caroline Hundt geb. Lamprecht in Berlin. Hrn. Ernst Nahmmacher Sohn Bernhard in Berlin. Frau Dieterich, geb. Glöckner in Berlin. Frau Franziska Leszinska geb. Borghard in Berlin. Hrn. Baumeister A. Schmoll Sohn Albert in Berlin. Frau Charlotte von Girsewald geb. von Bülow in Braunschweig. Major Emil von Sandrart in Danzig. Wajor a. D. Feodor von Ohnesorge in Wiesbaden. Lieutenant Julius v. Sydow in Landsberg Ob.-Schl. Maj. a. D. Justus Lodtmann in Osnabrück. Kreisphysikus Dr. Joseph Krieger in Angerburg.

Bazar-Saal.
Sonnabend,
den 11. März 1876,
Abends 7½ Uhr,
Florentiner-Quartett
Jean Becker.
Programm:
Quartett op. 54, G-dur **Haydn.**
Canzonetta **Mendelssohn.**
Scherzo . . . . . **Raff.**
Adagio . . . . . **Schubert.**
Quartett op. 18 Nr. 2, G-dur . . **Beethoven.**
Nummerirte Billets a **3 Mk.**, **Stehplätze a 2 Mk.**, sind zu haben in der **Hof-, Buch-** und **Musikalienhandlung** von
Ed. Bote & G. Bock.

Interims-Theater in Posen.
Repertoir.
Sonnabend keine Vorstellung.
Sonntag den 27. Februar:
Zu ermäßigten Preisen (1 Mark):
Der Graf von Irun. Romantisches Schauspiel in 5 Akten von W. Friedrich.
Montag den 28. Februar:
Einmaliges Gastspiel des Frl. **Therese de Brzechffa,** Opernsängerin aus Lemberg.
Dazu:
Frauen-Emancipation. Schwank in 1 Akt von Sonntag.
Moritz Schnörche. Schwank in 1 Akt von Moser.
Papa hat's erlaubt. Schwank in 1 Akt von Moser. Musik von Bial.
In Vorbereitung:
Bar Cochba, der Messias. Trauerspiel in 5 Aufzügen von Oskar Elsner.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.
Sonnabend: Zweites Gastspiel der
Gebr. Friquet.
Dazu: **Alles für's Kind.** — **Jeremias Grille** auf Verlangen.
Die Direction.

Bazar-Saal.
Zum Besten der durch die Ueberschwemmung verunglückten Familien.
Sonnabend, den 26. Febr. 1876, Abends präc. 8 Uhr.
CONCERT,
veranstaltet
von dem polnischen Musikverein,
unter Mitwirkung der Kapelle des Westpr. Gren.-Regts. Nr. 6.
Programm.
I. Theil.
1. Ouverture Halka . Moniuszko.
2. „Frühling“ a. den „4 Jahreszeiten“ f. Soli, Chor und Orchester . . . Haydn.
3. Scherzo H-moll f. Pfte. . . . . Chopin.
4. Bolero aus d. Sizilianisch. Vesper Verdi.
5. Ave Maria für Pianoforte, Harmonium u. Cello Gounod.
6. Ouvert. „Tell“ f. 2 Pfte. achthänd. Rossini.

II. Theil
1. Polonaise für Orchester.
2 a) Arie des Siebel aus Faust . . Gounod.
b) Słowiczek . . Moniuszko.
3. Capriccio für 2 Pianoforte . . . Mendelssohn.
4. Lardita . . . . Arditi.
5. Melodram m. Begleitung des Harmoniums . . . * * *
6. Rondo und Chor der Landleute mit Orchester . . . Dobrzynski.

Billets a **4 Mrk.** sind zu haben in der Buchhandlung des Herrn **Callier** (vis-à-vis Hotel de France).

Restaurant Tunnel.
Heute, Sonnabend, den 26. Februar
Concert
von einem preußischen Trompeter-Corps.
Anfang 7 Uhr. Entree a Person 20 Pf.; die Billets werden für **15 Pf.** für Speisen oder Getränke in Zahlung genommen.
B. Jaensch.

National-Halle,
Friedrichsstraße 19.
Heute Abend **Eisbeine.**
B. Andersch.

Restaurant Tunnel.
(Unterm Polnischen Theater.)
Heute Abend **Eisbeine** bei **J. Baro.**

Heute **Eisbeine** bei
Oscar Meyer, (W. 353) Halbdorfstr. Nr. 2.

Alle Sonnabend **Eisbeine** bei **L. Joseph**, Wiener Tunnel.
Gleichzeitig empfehle mein neues franz. **Billard.**

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.